

Der Heimatsdienst

Mitteilungen der
Reichszentrale für Heimatsdienst
Nachdruck sämtlicher Beiträge
nur mit Quellenangabe gestattet

Aus dem Inhalt: Obermagistratsrat Dr. Müller-Wieland, John Joher
Wieder Aufbau Berlins; Dr. Heinz v. Paller, John Joher St. Germain;
Luftfahrt zur Lösung der Völkerverkehrs in Mitteleuropa; John Meigen;
Dr. oec. publ. Friedrich Kemmer, Kaufkraft und Konjunktur; Ägypten und
sein König; Wiener Festwochen; Schmidt, Berlin als Kulturzentrum in der Nord.

In Kommission:
Zentralverlag 6. M.
b. D., Berlin W 35
Halbjährlich 2,50 Mark / Jährlich 5,— Mark
Erscheint zweimal monatlich
Durch jedes Postamt zu beziehen



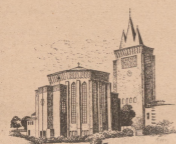
Zehn Jahre Wiederaufbau Berlins.

Von Dr. Müller-Wieland, Obermagistratsrat.

Wie in allen deutschen Städten hat auch in der Reichshauptstadt der Weltkrieg hemmend und zerstörend gewirkt. Das zeigt sich schon äußerlich in den Einwohnerrisern. Der Weltkrieg hat, ähnlich wie der Dreißigjährige Krieg und der Siebenjährige Krieg, die Einwohnerzahl Berlins und seiner Vororte um 200 000 zurückgeworfen. Das Groß-Berlin am Ende des Jahres 1918 hat

1920—1928 um 438 000 Menschen vermehrt, im Durchschnitt der letzten Jahre um jährlich 70 000 bis 80 000. Berlin muß also innerhalb seines Weidbildes allfällige eine Großstadt von 70 000 bis 80 000 Einwohnern erbauen. Die Stadterhaltung ist sich bedingt, daß die Förderung der Bauhäufigkeit eine ihrer wichtigsten Aufgaben sein muß.

In keiner anderen Weltstadt ist der Anteil an der Gesamtbevölkerung, den die Arbeiter, Anestellten und Beamten haben, so groß wie in Berlin. Jeder zweite Erwerbstätige in Berlin ist Arbeiter, jeder vierte Erwerbstätige Angestellter oder Beamter. Die natürliche Folge einer solchen Zusammenfassung der Einwohnerchaft ist, daß die sozialen Probleme wohl nirgends so groß sind wie in der deutschen Reichshauptstadt. Berlin ist bedroht, den Massen Arbeit zu beschaffen. Es hat in weitem Umfange die Erwerbslosen zum Aufbau und Ausbau seiner Betriebe und darüber hinaus zu Hilfsarbeiten herangezogen. Die Wohlfahrtspflege, die früher in den Groß-Berliner Einzelgemeinden völlig verschieden eingerichtet war, ist nach neuzeitlichen Gesichtspunkten vereinheitlicht und umgestaltet worden. Das Gesundheitswesen ist weitgehend reformiert und in einem zentralen Organ zusammengefaßt worden. Berlin hat in dem Bewußtsein, daß die Arbeitsfähigkeit der Bevölkerung nur durch eine möglichst alle Schichten und alle Altersklassen umfassende Gesundheitsfürsorge wiederhergestellt werden kann, seine Gesundheitsfürsorge systematisch und auf weite Sicht ausgebaut. Auf die vordringenden Wohlfahrts- und Gesundheitsmaßnahmen ist besonderer Wert gelegt worden. Die Sozialpolitik kann ohne gute Wirtschaftspolitik keine Dauererfolge erzielen. Das neue Berlin hat ständig sich bemüht, der Wirtschaft zu helfen. Diejenige Ziele diente der Wiederaufbau und Ausbau der städtischen Betriebe. Die kommunalen Betriebe Berlins standen in den Nachkriegsjahren vor Aufgaben dreifacher Art: Erstens mußten die technischen Einrichtungen anpassbar erhalten und entsprechend der fortschreitenden Bebauung und dem Ausbau des Straßennetzes ständig erweitert werden. Zweitens waren die Wunden zu heilen, die der Weltkrieg, die Revolution und die Inflation den Betrieben zugefügt hatten. Drittens mußte die über 94 Gemeindefreizeit Betriebe zusammengefaßt, umgestaltet, personell, technisch und finanziell rationalisiert werden. Die Stadterhaltung hat alle drei Aufgaben mit Erfolg gelöst. Sie hat trotz der ungünstigen Ausgaben, die für den Wiederaufbau der alten Anlagen und für die Errichtung der großen Neuanlagen gemacht werden mußten, es verstanden, die Lasten so niedrig wie möglich zu halten. Die Berliner Werttarife sind mit die niedrigsten in ganz Deutschland. Sie sind, wenn man die gesunkene Kaufkraft des Geldes berücksichtigt, sogar billiger als in der Dorrriegszeit, nicht minder als im alten Berlin.



Evangelische Kirche in Berlin-Schmargendorf

munalen Einrichtungen Groß-Berlins waren weder einheitlich ausgenutzt noch einheitlich angefaßt.

Eine bereits zerfallene Organisation konnte den ungeborenen Aufgaben nicht gewachsen sein, die nach dem gewaltigen aller Kriege und nach einer schweren Niederlage allgemein von den deutschen Gemeinden und besonders von Berlin als Deutschlands politischem, wirtschaftlichem und sozialem Mittelpunkt zu leisten waren. Die erste Tat im Dienste des Wiederaufbaues der Reichshauptstadt mußte sein, die kommunale Organisation Groß-Berlins von Grund auf neu zu formen. Das preussische Gesetz vom 27. April 1920 über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin faßte 8 Stadtgemeinden, 59 Landgemeinden und 27 Gutsbezirke, insgesamt 94 Groß-Berliner Einzelgemeinden, zu einer Einheitsstadt zusammen. Dieser Zusammenschluß Groß-Berlins war eine kommunale Großtat, die man schon von dem alten Preußen gefordert hatte, die aber erst von dem neuen Preußen vollbracht worden ist. Die dringend notwendige, sozialer Gerechtigkeit entsprechende Gleichmäßigkeit in der Versorgung und Belastung aller Einwohner Groß-Berlins, die Rationalisierung des ausgeblähten Groß-Berliner Verwaltungssystems, die ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft und in einer Zeit der Finanznot eine Selbstverständlichkeit war, ist erst durch das Gesetz Berlin ermöglicht worden. Der Wiederaufbau der Reichshauptstadt, der Berliner Wirtschaft und — man kann mit Recht sagen — auch der Wirtschaft des gesamten Deutschlands ist durch die kommunale Neuorganisation Groß-Berlins wesentlich gefördert worden. Die großen Erfolge der neuer Berliner Politik wie: die Zusammenfassung der Stadterkehrsmittel, die Einrichtung des größten Flughafens der Welt, der Bau des größten Binnenhafens Mittel- und Ostdeutschlands, der Neuaufbau der Werke, die moderne Ausgestaltung der Entwässerung, die Einrichtung des Fleischgroßmarktes, die Förderung der Landwirtschaft und des Gartenbaues, die neue Bancordnung, die Messen- und Ausstellungseinrichtungen waren in einem in fast 100 Einzelgemeinden zerfallenen Groß-Berlin gar nicht oder nur unvollkommen möglich gewesen.

Das Gesetz über die Bildung der neuen Stadtgemeinde Berlin stellte die städtischen Körperschaften vor Organisations- und Verwaltungsaufgaben, wie sie in der Kommunalgeschichte ohne Beispiel sind. In einer Zeit schwerster Not des deutschen Vaterlandes, in ständigem Ringen mit den Nachwirkungen des Krieges und mit den Begleitererscheinungen der Inflation, mit Unruhen, Finanznot und nicht zuletzt mit Widerständen, die sich aus dem Zusammenfluß selbst ergaben, mußten 94 Gemeinden auf eine einheitliche Verwaltungsgrundlage gebracht werden. Auch die Gegner der kommunalen Neuorganisation Groß-Berlins erkennen an, daß diese gewaltige Aufgabe verhältnismäßig glatt und schnell durchgeführt worden ist.

Die Bevölkerungszahl Berlins ist seit Kriegsende wieder in ständigem Steigen begriffen. Die Reichshauptstadt hat sich von



Gasmischelener Rindergarten in Berlin-Rixdorf Spielplatz im Revier

wenn man die Dorrriegszeit alsch Nachkriegszeit faßt stürmisch entzündet. Der jährliche Stromverbrauch, je Kopf der Einwohnerchaft betrug 1919 139 kWh, 1928 bereits 297 kWh. Im Jahre 1925 waren erst 24 v. H., 1928 bereits 50 v. H., aller Berliner Wohnungen mit Elektrizität versorgt. Die Gasabgabe ist in den Jahren 1924—1928 um 40 v. H. gestiegen. Das ist um so bemerkenswerter, als sich die Beleuchtung immer mehr von Gas auf die Elektrizität umstellt. Auch der Wasserverbrauch hat infolge der veränderten hygienischen und kulturellen Bedürfnisse erheblich zugenommen. Er betrug im Jahre 1928 durchschnittlich 137 Liter je Kopf und Tag. Die städtischen Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke haben eine erste Bedeutung für die Berliner Wirtschaft.

Die moderne Wirtschaft hat obere Decke undenkbar. Die Deckkraft einer Stadt zeigt den Pulsschlag ihres Wirtschaftslebens an. Das neue Berlin hat tatkräftig mitzuboten, die Verkehrs-möglichkeiten von,



Aelme Rixdorfgrund



Siemensstadt-Berlin, Beispiel für Hochspannung

Vorfriehand nicht nur erreicht, sondern zweifünftel der Gütereinfuhr nach der Reichshauptstadt und ein reichliches Viertel der Gütereinfuhr erfolgt aus dem Wasserwege. Der Luftverkehr Deutschlands und Europas hat in dem durch die Initiative der Stadtverwaltung geschaffenen Flughafen Berlin-Tempelhof einen natürlichen Mittelpunkt erhalten. Die Innenverkehrsmittel, Straßenbahn, Omnibus, Hoch- und Untergrundbahn, die vor dem Kriege von privaten Unternehmungen betrieben wurden, sind in kommunale Bewirtschaftung genommen und in einen einzigen städtischen Verkehrs-Gesellschaft zusammengefaßt. Das Schnellbahnetz ist binnen eines Jahrzehnts um fast das Doppelte, nämlich um eine Gesamtlänge von 40 km, erweitert worden. Was das schon rein geblid bedeutet, zeigt die Tatsache, daß der Bau von 1 km Untergrundbahn in der Innenstadt über 10 Millionen RM. kostet.

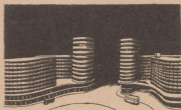
Ein bedeutsames Ziel der kommunalen Wohnbauarbeit war, die Nahrungsmittelversorgung so zweckmäßig zu vollkommen wie nur möglich zu gestalten. Berlin muß nicht nur die eigene Einwohnerkraft, sondern auch die in der näheren Umgebung wohnende Bevölkerung — insgesamt etwa 5 Millionen Menschen — versorgen. Es hat sein Marktweesen großzügig ausgebaut, den Vieh- und Schlachtbof ausgebaut und

nach und innerhalb der Stadt zu verbessern und nach Möglichkeit zu vergrößern. Es hat großzügige und moderne Hofenanlagen geschaffen, insbesondere den Vieh- und Ochsenhof. Der Schiffverkehr im Reichsbild Berlins, der während des Krieges um die Hälfte zurückgegangen war, hat den überstritten. Es hat seine Umgebung zur Erzeugung von Nahrungsmitteln inlandszufehen, die Stadtverwaltung hat deshalb die Kanowirtschaft und den Gartenbau in und um Berlin mit Kat und Cat, insbesondere mit Krediten, unterstützt, Meliorationen von Oblländereien entweder finanziert oder selbst durchgeführt.

mit einem Fleischgroßmarkt verbunden. Auf dem Viehbof und dem Fleischgroßmarkt sind 1928 rd. 3/4 Milliarden RM. umgesetzt worden. Berlin ist seit dem Kriege besonders darauf bedacht, sein unmittelbares Hinterland zu seinem hauptsächlichsten Lebensmittel-Lieferanten zu machen und jedes fließende Ede in seiner Umgebung zur Erzeugung von Nahrungsmitteln inlandszufehen, die Stadtverwaltung hat deshalb die Kanowirtschaft und den Gartenbau in und um Berlin mit Kat und Cat, insbesondere mit Krediten, unterstützt, Meliorationen von Oblländereien entweder finanziert oder selbst durchgeführt.

Die Reichshauptstadt ist das größte Arbeitermeerereot der deutschen Wirtschaft. Mehr als der sechste Teil aller öffentlichen und nicht gewerbsmäßigen Arbeitsvermittlungen erfolgt in Berlin. Der Ausbau des Schulweens der Reichshauptstadt ist daher besonders wichtig. Berlin hat nicht nur das Volksschul-, Mittel- und höhere Schulweesen entwickelt, sondern vor allem auch das Berufs- und fachschulweesen planmäßig ausgebaut. Die Reichshauptstadt zählt heute 116 000 Berufsschüler und 43 000 Fachschüler.

Berlin hat sich nach dem Kriege immer mehr zum Handels-, Verkehrs-, Verwaltungs- und Kapitalzentrum Deutschlands entwickelt. Es hat eine führende Stellung innerhalb aller Weltstädte. Sein beispielvoller Aufstieg, der nur noch in Amerika festzugesehen findet, ist mit ein Verdienst seiner rühmlichen Verwaltung. Heute sieht das neue Berlin, eine Verwaltung, seine Bürgerkraft und seine Wirtschaftskraft dessen bewußt sein, daß Arbeit für und an Berlin auch Arbeit für und an ganz Deutschland ist und sein muß!



Umgestaltung des Alexanderplatzes



Neuberliner Mietshaus

Zehn Jahre St. Germain.

Zum 2. Juni, dem Tag der Überreichung der Friedensbedingungen an Deutschland.

Von Dr. Heinz von Paller, Wien.

Faß einen vollen Monat früher als Deutschösterreich waren dem Deutschen Reich die Friedensbedingungen überreicht worden. Deutschösterreich ahnte schon, was seine bittere. Dennoch unterließ Österreichs damalige Regierung unter Dr. Renner als Staatskanzler nichts, was die Entente mächtigen über den freien Willen der deutschen Bevölkerung der ehemaligen Donauraum hätte in Zweifel lassen können. Noch als jene erste Entwurf der Deutschösterreich auferlegten Friedensbedingungen von St. Germain überreicht worden war, protestierte die deutschösterreichische Nationalversammlung und mit ihr die gesamte Bevölkerung in einer Kundgebung an die Weimarer Nationalversammlung gegen das Versailles Diktat, das schon jenen Artikel so enthält, der das Deutsche Reich zur Anerkennung der „Unabhängigkeit“ Österreichs zwingen sollte.

Am 2. Juni 1919, in dem Augenblick, als die ganze Welt gespannt auf die Entscheidung des Reiches über die Annahme oder Ablehnung der Friedensbedingungen von Versailles wartete — Wilson und Lloyd George sahen diese Spannung dramatisch geschärft — wurden der jungen deutschösterreichischen Republik ihre Friedensbedingungen überreicht. Der erste Eindruck war niederdrückend! An Schrecklichkeit und zerstörender Wirkung übertrafen sie noch jene von Versailles. Deutschösterreich wurden im wesentlichen ebenso schwere Bedingungen auferlegt, wie dem Deutschen Reich, nur mit dem bedeutenden Unterschied, daß die kleine Republik die Kästen einer Großmacht allein auf sich nehmen sollte. Nicht weniger als zwei fünftel der deutschösterreichischen Bevölkerung sollten unterzogen, sollten gegen ihren ungeschwundenen Willen der Fremdherrschaft unterworfen, ihres Selbstbestimmungsrechtes beraubt werden. Mehr als 35 v. H. des

von der deutschösterreichischen Nationalversammlung auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes beanspruchten Staatsraumes sollte anderen Staaten zufallen. Das gesamte Sudetengebiet mit mehr als 5 1/2 Millionen Deutschen fiel an die Tschechoslowakei, Südtirol bis zum Brenner an Italien, Untersteiermark einschließlich Raasdorfburg sollten mit dem unteren Murtal an Slowenien gegeben, das südbliche und mittlere Kärnten einschließlich Klagenfurt sollte mit dem südslawischen Staat vereinigt werden. Aber die nördliche Grenze gegen das Deutsche Reich und die östliche gegen Litauen enthält dieser erste Entwurf der Friedensbedingungen von St. Germain keine Bestimmungen. Doch noch viel härter als die territorialen Forderungen waren die wirtschaftlichen: Die das Deutsche Reich mußte auch Deutschösterreich den alliierten und assoziierten Mächten gegenüber die Verpflichtung der Meißbegünstigung eingehen. Dies war hart, ging aber so lange nicht an das Leben des Staates, so lange es sich um die Handelsbeziehungen zu England oder zu den Vereinigten Staaten, zu Frankreich oder zu Italien handelte. Aber der Vertrag des Deutschösterreich dieselben Verpflichtungen auch gegenüber den Subjektionsstaaten auf und das war unversöhnlich schlimmer. Mit Recht erklärte in jener denkwürdigen außerordentlichen Sitzung der deutschösterreichischen Nationalversammlung vom 7. Juni 1919 der damalige Staatssekretär für Außenere Dr. Bauer: „Wir müssen von der tschechoslowakischen Republik die wichtigsten Rohstoffe und Lebensmittel, der allem aus die Kohle, beziehen. Es ist geradezu eine Lebensfrage für uns, uns diesen Bezug zu sichern; in welchem Maße eine Lebensfrage, zeigt ein Blick auf unsere Hunderttausende Arbeitslosen, die nur darum arbeitslos sind, weil wir nicht Kohle genug bekommen. Die Dampfheißkraft unserer Fabriken zu heizen. Aber wie sollen wir zu den Handelsabkommen mit



liehen Sitzung der deutschösterreichischen Nationalversammlung vom 7. Juni 1919 der damalige Staatssekretär für Außenere Dr. Bauer: „Wir müssen von der tschechoslowakischen Republik die wichtigsten Rohstoffe und Lebensmittel, der allem aus die Kohle, beziehen. Es ist geradezu eine Lebensfrage für uns, uns diesen Bezug zu sichern; in welchem Maße eine Lebensfrage, zeigt ein Blick auf unsere Hunderttausende Arbeitslosen, die nur darum arbeitslos sind, weil wir nicht Kohle genug bekommen. Die Dampfheißkraft unserer Fabriken zu heizen. Aber wie sollen wir zu den Handelsabkommen mit

unseren Nachbarnstaaten, die für uns buchstäblich eine Lebensnotwendigkeit sind, kommen, wenn man uns von vornherein die Hände bindet, uns von vornherein verpflichtet, falls alles, was wir in einem Handelsvertragsverhältnis als Preis für die uns lebensnotwendigen Güterzufuhren zu zahlen könnten, ohne jede Gegenleistung zu gemäßen?" Dem gleichen vorübergehenden Wirkung war die Verpflichtung, die Schulden an österreichische Gläubiger zu zahlen, ihre Guthaben zurückzahlen, ohne daß Österreich je der Vermögensabgabe unterworfen dürfte. Die gebräuchliche Besetzung in dem ganzen Vertragsentwurf war aber die, die jedem Nachfolgestaate das Recht gab, allen österreichischen Besitz auf seinem Boden zu konfiszieren, und den deutschösterreichischen Staat verpflichtet, seine Staatsbürger, die auf diese Weise enteignet werden, zu entschädigen. Jene gleiche dem Deutschen Reich auferlegte Verpflichtung bedeutete für Deutschösterreich unendlich viel mehr. Denn es liegt auf der Hand, daß das deutschösterreichische Eigentum in jenen Staaten, mit denen Deutschösterreich durch Jahrhunderte zusammengewachsen war, deutschösterreichischen Staatsbürgern gehörte. Man braucht nicht erst auf alle die übrigen Einzelheiten, die der Debetrosamodung, der Eingriffe in die Justiz, Finanz- und Zollhoheit, der Beschränkung der Verwaltung- und Verkehrshoheit, der indirekten Aufhebung der staatlichen Souveränität Österreichs überhaupt, eingehen, um mit dem damaligen österreichischen Abgeordneten Dr. Dinghofer festzustellen, daß der Friedensvertrag von St. Germain „nur der Ausdruck eines wahnwitzigen Vernichtungswillens ist, der auf die politische und wirtschaftliche Zerschlagung des deutschen Volkes abzielt, ein Hobn auf die so oft verübten Grundzüge der Gerechtigkeit und Billigkeit, der Freiheit und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker.“ In dem bisher Ausgeführten ist schon angedeutet worden, daß die der in St. Germain hinter Schloß und Riegel gehaltenen deutschösterreichischen Friedensdelegation am 2. Juni 1919 überreichten Friedensbedingungen keine entwürdigten waren, sondern nur ein Entwurf, ein Druckstück darstellten, das bemerkenswerter Weise in dieser unvollständigen Fassung, die manche entscheidende Frage noch offen ließ, Deutschösterreich überreicht wurden. Dies ist um so bemerkenswerter, als dieser Entwurf durchaus nicht, wie man annehmen könnte, als Grundlage zu etwaigen Verhandlungen gedacht war, sondern von allem Anfang als Diktat. Die deutschösterreichische Delegation hatte zwar, wie auch die reichsdeutsche, die Möglichkeit, schriftlich zu den Bedingungen Stellung zu nehmen, kam aber trotz oftmaliger Versuche nie in die Lage, mit den alliierten Mächten in Verhandlungen zu treten. Von der schriftlichen Stellungnahme hat dann allerdings Österreich reichlich Gebrauch machen können.

Wie ist es nun zu diesem ersten Entwurf des St. Germainer Friedensvertrages vom 2. Juni 1919 überhaupt gekommen? Wie war es möglich, daß die alliierten und assoziierten Mächte ein Fragment zur Grundlage eines Friedensdiktates machten? Döllgale Klarheit über jene hinter den Kulissen der Pariser Verhandlungen sich ereignenden Vorgänge in der Zeit vom Februar bis etwa Mitte Juni 1919 ist auch heute trotz der grundlegenden Veröffentlichungen Cardoux, Wilsons, Boué-Flayous, Gerners, noch nicht unbedingt noch nicht gewonnen. Die bezieht sich in erster Linie auf die politischen und wirtschaftlichen Probleme, die durch den Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie entstanden waren. Ich habe an anderer Stelle unter besonderer Berücksichtigung der Anschlussfrage bei den Pariser Friedensverhandlungen feststellen können, daß der für die Krise der

Verhandlungen unter den alliierten und assoziierten Mächten entscheidende Zeitpunkt etwa mit der zweiten Hälfte des Aprils 1919 überunden war. Der von Wilson bei Clemenceau erwungene Druck auf die linksrheinischen Gebiete, den Frankreich sich teuer genug erkaufen ließ, ebnete erst den Weg zu den dem Deutschen Reich am 7. Mai 1919 übermittelten Bedingungen. Offen waren aber die in dem sogenannten „Nacht der Kälten“ erörterten österreichisch-ungarischen Fragen gelassen, die vor allem von England und Amerika anfangs unterdrückt in ihrer Lösung plötzlich an dem Gegenlag innerhalb der Nachfolgestaaten und an Geheimverträgen scheiterten, die die alliierten und assoziierten Staaten untereinander zum Ziel gar nicht konnten. Aber, wie sich später herausstellte, mit Recht nach der „Dreierart“ an, daß die Lösung dieser Probleme dann leichter sein werde, wenn nur erst das Deutsche Reich bezwungen und der „Friede“ hergeleitet sei, der dann auch die in diesen Fragen widerstreitenden Verhältnisse, vor allem Italien, schließlich vor vollendete Tatsachen stelle. In der Hauptfrage war es ja auch der italienisch-südslawische Gegensatz, der Kondone Geheimvertrag vom 1919, der die Atmosphäre von St. Germain zur Zeit des ersten Friedensentwurfes beerrichtete. Man geht wohl nicht fehl anzunehmen, daß vornehmlich drei politische Faktoren den St.-Germainer Vertrag diktieren haben: Frankreichs Aspirationen auf das linksrheinische Gebiet, der tschechische Chauvinismus nach dem Geiste des „Memoire III“ und der Gegensatz zwischen Italien und Südslawien. Den beiden ersten Faktoren ist das Anschlussverbot und der Verlust des südbanischen Gebietes, dem letzten die Angliederung Südtirols an Italien und der im ersten Entwurf vorgesehene Verlust Kärntens mit der Hauptstadt Magerburg zuzuschreiben. Dies festzustellen ist deshalb wesentlich, weil daraus ersichtlich wird, wie sehr im Schoße der Pariser Verhandlungen schon jene Probleme entfielen, die heute im Herzen, Süden und Südosten Europas die staatspolitische Lage überhaupt bestimmen.

Wegen dieser Spannungen waren die St.-Germainer Friedensbedingungen vom 2. Juni 1919 eben nur ein Fragment geblieben. Auch die zweite Fassung vom 20. Juli 1919 war noch nicht endgültig. Erst die am 2. September 1919 deutschösterreich überreichten Bedingungen blieben das letzte Ultimatum. Wägt man heute die uns vorliegenden drei Fassungen des St.-Germainer Vertrages gegeneinander ab, so muß man feststellen, daß die letzte Fassung ohne Zweifel erhebliche Verbesserungen aufweist. Dies ist auch wirtschaftlich. Denn aber wurden z. B. auch Kärnten zum größten Teil durch Zustimmung einer Volksabstimmung und das andere Märtal mit Radersburg geteilt. Ebenso wurde auch ein Teil des deutschen Westungarns — gegen den Willen der deutschösterreichischen Regierung ohne Volksbefragung — Deutschösterreich zugesprochen. Diesen hier groß gezeichneten Vorteilen der letzten Fassung stehen im Vergleich zu den beiden ersten Fassungen zwei schwerwiegende Nachteile gegenüber: Die Erχώerung der Durchführung einer Revision des Friedensvertrages überhaupt und der Artikel 88, der Deutschösterreichs Wiedereinrichtung mit dem Deutschen Reich demnach von einer Entscheidung des Völkerbundes abhängig macht, was für jene Zeit wenigstens einem direkten Diktat gleichkam.

Fast zehn Jahre sind seit jenen erschütternden Stunden veronnen, seit die ersten Meldungen über den Preis für einen Frieden ins Land gekommen waren! Hungersnot und Arbeitslosigkeit waren die bitteren Sorgen des Alltags! Der Feind hand da und dort tief im Landel! Über diese Zeitpunkte heute überblickt, der darf und kann dem deutschösterreichischen Bruderrolle die Achtung vor dem Heldentum eines unfähigen mißglückten Wiederaufbaus nicht versagen, beheldener, viel langsamer als im Reich, dennoch aber ein „Empor“, empor zu jener Zeit, die Deutschösterreichs konstituierende Nationalversammlung am Tage der Annahme der harten Friedensbedingungen als Protest vor aller Welt in folgender Weise in ihrem Namen angenommen: „Entscheidung erteilt: „Die Nationalversammlung spricht die Hoffnung aus, daß, sobald der Friede den Volk nationaler Selbstigkeit und Gemeinlichkeit, den der Krieg herangeführt hat, überwinden haben wird, der Völkerverbund auch dem deutschen Volk das Recht auf Einheit der Nation, das er allen anderen Völkern gemäht, nicht dauernd verweigern werde.“

Auftakt zur Tagung des Völkerverbundes in Madrid.

14 Regierungsdokumente zur Minderheitenfrage.

Am 10. Juni d. J. wird die 55. Tagung des Völkerverbundes eröffnet werden, die auf besondere Einladung der spanischen Regierung in Madrid abgehalten wird. Der offiziellen Tagung wird eine inoffizielle Sitzung des Rats und zwar in der Form eines Studienkomitees vorausgehen, die am 6. Juni in Madrid ihren Anfang nehmen und ausschließlich der Beratung der landwirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Vorarbeiten gewidmet sein wird. Da Deutschland als antwortgebender Staat an diesen Beratungen in erster Linie interessiert ist und über die Bedeutung der Minder-

heitenfrage auch unter den deutschen Parteien eine weitgehende Einmütigkeit besteht, so erscheint es geboten, sich über die bisherige Entwicklung des auslandsländlichen Stand und die sich bietenden Aussichten der deutschen Demarchie ein Bild zu verschaffen. Auf die bekannte Herausforderung des polnischen Außenministers Jozefski an der Debatte der Tagung des Rats in Lugano hatte Reichsminister Dr. Stresemann mit der Anknüpfung geantwortet, daß er auf der kommenden Tagung das Minderheitenproblem von seiner grundsätzlichen Seite her aufrollen werde. In

Verfolg dieser Haltung hat der deutsche Vertreter, unbeeinträchtigt durch die von mehr als einer Seite unternommenen Beschränkungsmaßnahmen, in der Sitzung des Völkerverbundes vom 6. März, d. V. in einer groß angelegten und eindrucksvollen Rede die beifällige Auffassung über die Pflichten dargelegt, die dem Völkerverbund aus der vertraglich übernommenen Garantie für die Bestimmungen zum Schutze der Minderheiten erwachsen. Wenn auch der polnische, englische und französische Außenminister nacheinander auf den Plan traten, um die Würdigung dieser Rede abzuschließen, indem sie die Lage der Minderheiten als genügend gelöst und die Tätigkeit des Völkerverbundes auf diesem Gebiet als befriedigend hinstellten, so gelang es ihnen doch nicht, den deutschen Sachverhalt zu baarstärklichen Befürchtungen, auf der Basis von Mangel an begraben. Die Rede des Völkerverbundes für die vorläufige Prüfung der kanadischen und deutschen Entwürfe ein Dreierkomitee ein, bestehend aus dem japanischen, englischen und spanischen Staatsvertreter. Gleichzeitig wurden allen Staaten des Völkerverbundes die Protokolle über die Minderheitenarbeiten auf der Märztagung überfandt und ihnen anbelegend, ihren Standpunkt für die Angelegenheit dem Dreierkomitee in Form von „Bemerkungen“ (Observations) zu unterbreiten.

Durch diesen Beschluß wurden gewissermaßen alle Staaten zur Mitarbeit an der Weiterbehandlung eingeladen und damit die große Bedeutung der Minderheitenfrage auch vom Standpunkt des Völkerverbundes aus in ein helles Licht gerückt.

Tatsächlich haben 14 Regierungen dieser Einladung Folge geleistet und ihre „Bemerkungen“ innerhalb der bis zum 15. April gestellten Frist vorgelegt.

Don den beiden antragstellenden Staaten hat Kanada auf die Einreichung von „Observations“ verzichtet. Dies wohl aus dem Grunde, weil der kanadische Vertreter schon vor der Märztagung dem Völkerverbund ein Memorandum vorgelegt und zudem seine Vorschläge, die sich auf das formale Verfahren bei der Prüfung von Beschwerden betrafen, auf der Märztagung in Genuß eingehenden Darlegungen erläutert hat. Es verdient auch an dieser Stelle hervorgehoben zu werden, daß dem kanadischen Vertreter, Senator Dandurand, für sein unerforschtes Eintreten für die Rechte der Minderheiten, an denen sein Land nicht unmittelbar interessiert ist, aufrichtiger Dank gebührt. Die deutsche Regierung hat nicht zeräufelt, die mündlichen Darlegungen Dr. Stresemanns in einer eingehenden Denkschrift näher zu erläutern und zu begründen. In der Denkschrift, die vom 12. April datiert und nach einem Telegrammwechsel mit dem Generalsekretär des Völkerverbundes der Öffentlichkeit übergeben worden ist, wird besonderer Nachdruck darauf gelegt, die grundsätzliche Seite des Problems, d. h. die Frage der Bestimmung der Rechte, die die Garantie des Völkerverbundes den Minderheiten zuführen. Es wird als dringend notwendig bezeichnet, daß der Völkerverbund sich noch einmal ausdrücklich zu folgenden Grundfragen bekennt:

Der Minderheitenschutz, der für die betroffenen Staaten ein Grundgesetz darstellt und dessen Beobachtung unter die Garantie des Völkerverbundes gestellt ist, stellt nicht ein Übergangsregime dar, sondern soll die Grundlage dafür schaffen, daß die Minderheiten lokalen wie staatsbürgerlichen Pflichten gegenüber ihren neuen Staaten erfüllen können. Die Behandlung des Interesses an der frischen Völkerverbindung der Schutzpflichten ist und darf nicht als unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates oder gar als Unterstützung staatsfeindlicher Bewegungen angesehen werden. Es wird jedoch nachgehoben, daß der Völkerverbund berechtigt und verpflichtet ist, die Bestimmungen zum Schutze der Minderheiten allgemein und dauernd zu überwachen und daß er sich nicht auf die Aufstellung bestimmter Fälle von Vertragsverletzungen beschränken darf. Die Durchführung dieser Aufgabe wird zweckmäßigerweise nicht dem Sekretariat des Völkerverbundes oder den Dreierkomitees zu überlassen, sondern einem besonderen Organ zu übertragen sein. Damit tritt die deutsche Regierung für die Einsetzung einer permanenten Minderheitenkommission ein, wie sie von allen beteiligten privaten Organisationen seit langem gefordert wird.

Für die Behandlung der einzelnen Beschwerden stellt die deutsche Regierung folgende Überlegungen:

Mittlung des Ergebnisses der Arbeiten der Dreierkomitees an die einzelnen Staatsmitglieder, größere Publizität des Verfahrens, um den Minderheiten Kenntnis über das Schicksal ihrer Eingaben zu verschaffen, Anerkennung des Rechts der Komitees, eingehende Informationen aus sonst von Minderheiten einzufordern, Durchführung der Dreierkomitees und Befestigung des bisher gelübten Ausschusses der besonders beteiligten — benachbarten und stammesverwandten — Nationen von der Vorrückung der Beschwerden. Mit Befriedigung stellt die deutsche Regierung fest, daß diesen Forderungen in dem von ihr durchgeführten Beschluß des fünften Völkerverbunders im wesentlichen Rechnung getragen wird. Zum Schluß weist die deutsche Denkschrift den von der Gegenseite gemachten Einwand zurück, daß jede Änderung des Verfahrens der Zustimmung der unter Minderheitensverträgen stehenden Staaten be-

dürfe und daß diese nicht in der Lage seien, weitgehende Verpflichtungen zu übernehmen.

Mit großer Beugung wird es in Deutschland aufgenommen worden, daß die Österreichische Regierung ihren Standpunkt in einer Denkschrift dargelegt hat, die eine wertvolle Unterstützung unseres Sachverhalts in Genuß darstellt. Mit besonderer Wärme behandelt die österreichische Regierung die grundlegende Bedeutung einer richtigen Auffassung vom Minderheitenschutz für die Befriedigung der Völker. Gleichzeitig weist sie nachdrücklich darauf hin, daß zur Zeit noch weitgehende Beschränkungen des Rechts der Minderheiten auf Wahrung des kulturellen Zusammenhangs mit ihren Vorgesetzten in anderen Staaten bestehen. In einzelnen Fällen sei der Austausch geistiger Erzeugnisse in Form von Büchern, Zeitschriften usw. mit dem völkerverbindenden Staat und der Besuch von Schulen aller Art in einem stammesverwandten Lande den Angehörigen der Minderheiten verboten. Es wird anregt, daß das Dreierkomitee speziell über diese Zustände nähere Informationen von den beteiligten Regierungen einholt und daß die vom Völkerverbund geschaffene Kommission für internationale geistige Zusammenarbeit die Frage prüfen möge, wie weit die bestehenden natürlichen Zusammenhänge zwischen den Minderheiten und völkerverbindenden Staaten zur Stärkung der allgemeinen internationalen Zusammenarbeit fruchtbar gemacht werden können.

Die ungarische Regierung betont die Wichtigkeit des Minderheitenschutzes von ihrem besonderen Standpunkt, da durch den Vertrag von Trianon mehr als 3,5 Millionen Ungarn, d. h. 42 v. H. der Gesamtbevölkerung des jehigen Ungarn und Mutterlande abgetrennt sind. Sie betont, daß der Rahmen des materiellen Rechts zu eng gezogen sei und außerdem sich der Tendenz einer einschränkenden Auslegung der vertraglichen Bestimmungen bemerkbar mache.

Die Denkschrift der bulgarischen Regierung schildert die selben der bulgarischen Bevölkerung in den angrenzenden Staaten, die dazu geführt haben, daß ein Flüchtlingsstrom von Bulgarien aus in das von uns gewonnene Bulgarien zurückgeflutet sei.

Don den an der Minderheitenfrage nicht unmittelbar beteiligten Staaten haben die Schweiz und die Niederlande in einer kurzen Denkschrift ihr Interesse für den Ausbau des Minderheitenschutzsystems bewiesen, ein Interesse, das von den Vertretern der beiden Staaten im Völkerverbund selbst des öfteren in nachdrücklicher Weise bezeugt worden ist. Selbst die Chinesische Nationalregierung ist mit einer kurzen Zuschrift auf den Plan getreten, in der sie dafür eintritt, daß der Minderheitenschutz für alle Staaten durch internationale Abkommen unter Führung des Völkerverbundes geregelt werde.

Nach der anderen Seite hin hat die Gegner aller auf Besserung der Lage der Minderheiten abzielenden Beschlüssen nicht müßig gelassen. Die schwedische und die lettische Regierung haben sich auf eine kurze Mitteilung beschränkt, daß sie eine Erweiterung des Minderheitenschutzes nicht für notwendig erachten.

Der polnische Vertreter hat erwidert, daß der litauische Ministerpräsident Wolodarski in einer Note an den Generalsekretär des Völkerverbundes die Einreichung von Bemerkungen ablehnt, weil dem litauischen Antrage auf Zusage zu den Minderheitenarbeiten durch den Völkerverbund nicht entsprechen worden sei.

Die der deutschen Auffassung zum Minderheitenschutz entgegengetretene These wird in einer gleichlautenden Denkschrift vertreten, die die Staaten der Kleinen Entente (Tschechoslowakei, Rumänien, Serbien) sowie Griechenland und Polen dem Dreierkomitee eingehend haben. Die Denkschrift weist aus, daß die unter Minderheitenschutz stehenden Staaten die Verträge nur abgeschlossen hätten, nachdem ihnen als Korollar die Garantie ihres Gebiets gegeben worden sei. Tatsächlich sei diese Bürgschaft bisher nicht gelistet worden.

Für jede Änderung des jetzigen Verfahrens sei die Zustimmung der betroffenen Staaten notwendig. Die von kanadischer und deutscher Seite vorgeschlagenen Reformen seien unzulässig und gefährlich. Diese Ausführungen im einzelnen zu widerlegen, würde hier zu weit führen. Es sei daher nur darauf hingewiesen, daß das Aufrollen der Frage der Garantie der Grenzen nach dem Locarno- und Kellogg-Plan zum mindesten sonderbar anmutet. In tatsächlicher Hinsicht ist zu bemerken, daß die Verträge der Minderheitenschutzverträge von den Großmächten als Vorbedingung für die Anerkennung jener Staaten gefordert worden ist.

Nach den angeführten 14 Regierungsdenkchriften haben auch drei internationale Organisationen und zwar das Nationalkomitee der massonischen Emigrantennationen in Bulgarien, der Rat für die Rechte der jüdischen Minderheiten und der Europäische Nationalitätenkongress ihre „Bemerkungen“ dem Dreierkomitee eingereicht. Eine besondere Bedeutung kommt der zuletzt erwähnten Denkschrift zu, in der die Minderheiten selbst, um deren Schicksal es sich ja handelt, zu Worte kommen. Es ist festzustellen, daß die Minderheiten sämtliche Forderungen der Deutschen Regierung annehmen, im einzelnen, z. B. in der Frage der Ausdehnung des Minderheitenschutzes, noch nicht hinreichend. Wenn weiterhin größter Wert auf das Zusammenarbeiten zwischen Minderheit und Minderheit innerhalb eines Staates gelegt wird, so liegt darin

ein weiterer Beweis dafür, daß die Minderheiten selbst eine Verständigung müßten und alle extremen Forderungen ablehnen.

Die oben kurz skizzierten Denkschriften bilden das Material, das dem Dreierkomitee, das am 29. 4. in London zusammengetreten ist, zur Verfügung stand. In welchem Umfang das Dreierkomitee dieses Material für die Abfassung seines Berichtes herangezogen hat, ist zurzeit noch unbekannt. Der Bericht wird nunmehr den Mitgliedern des Rates zugeföhrt und soll die Grundlage bilden für die weiteren Beratungen in Madrid.

Nach allen bisherigen Erfahrungen wird man gut tun, keine allzu großen Hoffnungen auf die Arbeit des Dreierkomitees zu setzen. Um so mehr muß erwartet werden, daß der Ob eine eingehende Prüfung des Berichtsentswurfs vornehmen. Ob bei dem reichhaltigen Material eine einzige Tagung dafür ausreichend ist, bleibt dahingestellt. Jedenfalls haben die Denkschriften der Regierungen dazu beigetragen, die Minderheitenfrage von den verschiedenen Seiten zu beleuchten und einer oeffentlichen Behandlung dieser Schicksalsfrage, durch den Völkerverbund, den Boden zu bereiten. —



Möhen, die weltberühmte Porzellanfabrik, steht in diesen Tagen im tausendjährigen Bestehen. Man muß die herrliche Gasse weit durchwandern, um einen Pulvisboden von ästhetischer Reuebarkeit zu finden. Tausendjähriges Bestehen, trotz Krieg, Not, Belagerung und Feuerbrand, wurde die Entzweiung der nun tausendjährigen Fabrik nicht gehindert. Jahrbundertlang hat das Bombardement in diesen unerschöpflichen Boden gehaßt. Räuber und Räuberinnen im Verein mit der einst glanzvollen Forderung die ersten Romantiker, Jahrmärkte blühten. Die Stadt wuchs aus kleinen Anfängen zu imponierender Schönheit. Segenbete Baumwollfabriken und Seidenweberei. Hässliche Bürgerhäuser prunten noch heute im behaubend schönen Stil der Vergangenheit. Tausendjährige Familienarbeit liegt über den Häusern, Gärten und Terrassen. Uralte Stämme sind erhalten. Schöne Anlagen durchziehen die Stadt. Weinberge umlagern sie. Die Erde raucht süßen süßen fetten Düften. Die Seidenweberei Porzellan-Manufaktur gab der Stadt Ende des 18. Jahrhunderts die ersten Schwestern. Ungezählte Entwürfe begannen. Schmutz- und Tonfabriken wurden gegründet.

hundertste die zukünftige Welt. Möhen Bestehen nach. Die Manufaktur war mit den Glanznamen in eine verschmolzen. Ungezählte Entwürfe begannen. Hässliche Bürgerhäuser prunten noch heute im behaubend schönen Stil der Vergangenheit. Tausendjährige Familienarbeit liegt über den Häusern, Gärten und Terrassen. Uralte Stämme sind erhalten. Schöne Anlagen durchziehen die Stadt. Weinberge umlagern sie. Die Erde raucht süßen süßen fetten Düften. Die Seidenweberei Porzellan-Manufaktur gab der Stadt Ende des 18. Jahrhunderts die ersten Schwestern. Ungezählte Entwürfe begannen. Schmutz- und Tonfabriken wurden gegründet.

Kaufkraft und Konjunktur.^{*)}

Von Dr. oec. publ. Friedrich Kemmer, Berlin.

Die Bedeutung der Kaufkraft und ihrer Veränderung für die Gestaltung des Wirtschaftsablaufs ist in den letzten Jahren in steigendem Maße umstritten. Auf der einen Seite wird die Aufzählung vertreten, daß eine Steigerung der Kaufkraft allen Umständen eine Steigerung der Gesamtkaufkraft bedeute, die einen größeren Absatz und Umsatz zur Folge habe, was seinerseits wiederum eine „Anreicherung der Wirtschaft“ nach sich zöge. Anders ausgedrückt, behauptet diese Auffassung, daß eine Wirtschaftsdpression durch generelle Konsumsteigerungen sich beheben lasse und daß auf diesem Wege zugleich der eigentliche Wirtschaftsfortschritt, nämlich die verbesserte und vermehrte Versorgung der Bevölkerung mit den Gütern des Lebens, ermöglicht würde. Auf der anderen Seite steht die Auffassung, daß zwar grundsätzlich die Arbeitseffektivität durchaus ein Interesse daran hat, den wirtschaftlich höchstmöglichen Lohn zu zahlen, daß aber Konsumsteigerungen keineswegs jemals die Wirkung hätten, eine Wirtschaftskrise reibungslos zu überwinden, Umsatz und Verdienst der Industrie zu beleben und zu vergrößern, sondern daß vielmehr Konsumsteigerungen eine Erhöhung der Produktionskosten bedeuten, die sich unter bestimmten Verhältnissen in einer Tendenz zur Preissteigerung oder zu geringer Kapitalbildung äußern müßte mit der schließlichen Folge, daß die beschriebliche Reallohnsteigerung nicht eintrete, sondern „sogar eine Erhöhung der Arbeits-

losgabe“ die Folge sein müßte. Die beiden Ansichten stehen sich also diametral gegenüber, denn die einen behaupten unter allen Umständen günstige Wirkungen — und zwar für die Gesamtwirtschaft günstige Wirkungen — von generellen Konsumsteigerungen, die anderen sehen Reallohnsteigerungen als zweckmäßig und erfahrungsmäßig an, betonen aber die zwingend notwendige Verkopplung von Konsumsteigerung und Produktionskostenerhöhung, die — wenn nicht besondere Umstände einen Ausweg ermöglichen — schließlich zum entgegengesetzten Ergebnis der gemollten Wirkung, nämlich zu einer Senkung des Reallohnes und zur Wirtschaftsdpression, führen müßte.

Die Auffassung des Gegenlatzes dieser beiden Ansichten ist keineswegs so schwierig, als es auf den ersten Blick erscheinen möchte. Der Unterschied liegt überzwingend darin, daß die erste Theorie lediglich die allererste Auswirkung einer Konsumsteigerung auf der Seite des Konsumpängers, des Arbeitnehmers, sieht, hingegen die von einer Konsumsteigerung erzeugten Änderungen bei demjenigen, der den Lohn zahlt, beim Arbeitgeber, nicht berücksichtigt und ausgedehnt eine Reihe von Auswirkungen, die bei der Verwendung des erhöhten Lohnes durch den Konsumpänger gesamtwirtschaftlich eintreten, zu übersehen geneigt ist. Die zweite Ansicht hingegen stützt sich auf die Auswirkungen, die die Konsumsteigerung auf der Seite dessen hat, der den erhöhten Lohn zahlen muß, also in erster Linie auf die Auswirkungen im einzelnen Betriebe mit ihrem weiteren Folgeerfordernissen für die gesamtwirtschaftliche Struktur und be-

*) Vgl. den Aufsatz von Carnow, „Kaufkraft und Konjunktur“ in Heft 6 des „Heimatsdienst“.

achtet zugleich die sekundären Auswirkungen auf der Seite der Lohnempfänger.

Es handelt sich bei der erörterten Frage keineswegs um eine nur theoretisch interessante Diskussion, vielmehr ist die Frage, welche Auswirkungen Lohnänderungen, insbesondere Lohn erhöhungen, nach sich ziehen, für unsere gesamte Wirtschaftspolitik von ausschlaggebender Bedeutung. Sie ist aber auch von der allergrößten Bedeutung für die Arbeitnehmer selbst. Man kann über 60 v. H. der deutschen Gesamtbevölkerung zu Lohn- und Gehaltsempfängern einschließlich Familienangehörigen zählen, und so ist es verständlich, daß die Lohngehaltfrage ein ganz besonders großes Interesse in den breitesten Bevölkerungsschichten erweckt. Das Durchdringen der Streitfragen und eine etwaige Einigung über die Wirkung von Lohn erhöhungen auf der einen wie der anderen Seite würde die sozialen Gegensätze mildern und die aus den Gegensätzen entsprechenden Reibungen zugunsten der Gesamtwirtschaft wesentlich verkleinern können.

Eine Lohnerhöhung bedeutet für den Lohnempfänger selbstverständlich zunächst einmal eine Erhöhung seines Einkommens; mit anderen Worten, er kann im Betrage der Lohnerhöhung als neuer Käufer auftreten. Selbstverständlich kann die Lohnerhöhung aber ganz oder teilweise gespart werden, doch können wir im Rahmen dieser Betrachtung von diesem Fall absehen, weil dann ja die, von den Gewerkschaften betonte günstige direkte Auswirkung der Lohnerhöhung, nämlich Steigerung der Nachfrage und des Umsatzes, nicht eintreten würde. Die erhöhte Möglichkeit, zu kaufen, führt also tatsächlich zu einer erhöhten Nachfrage. Bis zu diesem Punkte hat also die, besonders von den Gewerkschaften vertretene optimistische Theorie durchaus Recht. Es ist aber zweifelhaft, ob diese erhöhte Nachfrage zu einem erhöhten Umsatz führt. Der Gedankengang überführt nämlich, daß eine erhöhte Nachfrage im normalen Wirtschaftslauf dazu führen muß, daß die Preise sich der Nachfrage anzupassen streben. Ob und in welchem Umfange dies geschieht, hängt wesentlich davon ab, ob der steigenden Nachfrage in kurzer Zeit ein entsprechend mengenmäßig vergrößertes Angebot gegenübergestellt werden kann. Die Auswirkung der angeforderten Nachfrage, d. h. die Frage, ob infolge der Lohnerhöhung auch der Umsatz steigt, ist absolut abhängig davon, ob das Angebot an nachgefragten Waren entsprechend elastisch ist, oder aber ob bis zur Vergrößerung des mengenmäßigen Angebotes eine erhebliche Produktionszeit notwendig ist, und auch natürlich davon, ob für die zu erhöhende Produktion genügend Rohstoffe bzw. Kapitalien zu deren Verschaffung und Verarbeitung zur Verfügung stehen. Wenn wir an einem kurzen Beispiel dies klar machen, so können wir uns denken, daß in einer isolierten Wirtschaft die Getreide- und Brotpreise sich auf einem bestimmten Niveau eingestellt haben. Dergrößert sich die Nachfrage plötzlich, so kann in der nächsten Woche eine entsprechende Steigerung des Angebotes nicht erfolgen. In diesem Falle wird der Erfolg der betragenen Nachfrage eine Preissteigerung sein, so daß also der Reallohn trotz der nominalen Lohnerhöhung nicht steigen würde. Denen wir an den Fall der deutschen Ernährungsbasis, so würde bei steigender Nachfrage Getreide vom Ausland eingeführt werden, die Lohnerhöhung also gewissermaßen ins Ausland abfließen und unsere Handelsbilanz passiv werden.

In anderen Fällen kann man sich vorstellen, daß eine erhöhte Nachfrage zu steigendem Angebot führt, doch ist auch hier sehr fraglich, ob nicht im ersten Augenblick eine gewisse Preissteigerung eintritt und sich das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage auf ein höheres Niveau einstellt. Wir können also feststellen, daß die Wirkung einer durch Lohnerhöhung hervorgerufenen größeren Nachfrage keineswegs unter allen Umständen eine für den Einkommensempfänger günstige ist, daß er also nicht unter allen Umständen eine reale Erhöhung seines Einkommens erreicht. Es ist sogar wahrscheinlicher, daß die erhöhte Nachfrage die Tendenz zu einer Preissteigerung auslöst. Es würde im Rahmen dieser Überlegung zu weit führen, zu erörtern, welche Wirkung diese nun wieder in die Produktion zurückfließenden Beträge für die Betriebe, deren Warenpreise erhöht worden sind, haben. Wir können uns so aber von der Derfolgung dieses Gedankenganges absehen, als ob die Lohnempfänger keinen realen Vorteil von der ursprünglichen Lohnerhöhung gehabt hat.

Ob aber die Lohnerhöhung ausgeglichen werden kann, muß auf Seiten des den Lohn Zahlenden, also auf Seiten des Arbeitgebers, die Möglichkeit zur Zahlung des höheren Lohnes gegeben sein. Hier ist der Vorgang ja der, daß das Unternehmen Aufwendungen zu machen hat für Rohstoffe, Maschinen, Kapitalkosten, Steuern usw., zu denen dann die Lohnkosten für die Verarbeitung treten. Aus dem Erlös für die Waren müssen diese Aufwendungen wieder bezahlt einbracht werden. Die Höhe des also ein Teil der Produktionskosten und damit auch ein Teil des Warenpreises. Eine je größere Rolle die Lohnkosten innerhalb der gesamten Herstellungskosten spielen, desto größer ist natürlich die Einwirkung einer Lohnerhöhung auf den Preis. Da das Unternehmen die Erlöse für die verkauften Waren aber erst in einem späteren Zeitpunkt wieder hereinbekommt, muß es eine Lohnerhöhung zu nächst ein-

mal aus vorhandenen Mitteln, also schließlich aus seinem bisherigen Gewinn, bezahlen. Jede Lohnerhöhung schmälert also den Reinertrag des Unternehmens und vermindert daher diejenigen Beträge, die das Unternehmen für die Bildung eigenen Kapitals und damit für die Erneuerung und Ausgestaltung seines Maschinenparks usw. zur Verfügung hat. Die Lohnerhöhung ist also zunächst nichts weiter als eine Derfolgung eines Teils der bisher dem Unternehmen zur Verfügung stehenden Mittel auf die Arbeitnehmer. Die dem Unternehmen zur Verfügung stehenden Mittel laugen ja auch nicht nutzlos ab, sondern wurden zum Ankauf von Rohstoffen, zur Abdeckung von Schulden, zur Erweiterung des Geschäftes usw. verwendet. Diese Möglichkeiten vermindern sich um das Ausmaß der Lohnerhöhung. Ein Unternehmen kann beispielsweise gewisse Maschinen, die es aus seinem bisherigen Gewinn kaufen wollte, nicht erwerben, wenn diese Gewinne zu Lohn erhöhungen verwendet werden. Die Folge hiervon ist, daß der Fabrikant dieser Maschinen für sein Unternehmen keine Nachfrage bekommt und daher seine Arbeiter für diesen Auftrag nicht mehr beschäftigen kann. Während also die Lohnempfänger, die den höheren Lohn erhalten, auf dem Markt eine größere Nachfrage nach irgendwelchen Dingen entfalten können, muß der Arbeitgeber seine Nachfrage einschränken und der Folge, daß irgendeine andere Stelle der Wirtschaft, an die er bisher seine Nachfrage gerichtet hat, weniger zu tun bekommt; dies muß sich schließlich auch auf die Arbeiter selbst, die diese Produkte, die das Unternehmen gekauft hat, herstellt, in geringerer Beschäftigung, erstl. in Arbeitslosigkeit auswirken. Ganz klar gesprochen, wird die Möglichkeit zur verbesserten Lebensführung der einen Arbeitneregruppe durch eine Derringerung der Beschäftigungsmöglichkeit und damit natürlich Derringerung der Lebensmöglichkeit anderer Arbeitneregruppen erkauft.

Das Unternehmen, welches die Lohnerhöhung zahlen soll, wird natürlich bestrebt sein müssen, diese Minderung seines Ertrages irgendwie auszugleichen, und dies ist der Punkt, auf welchen die ältere Theorie einer günstigen Wirkung von Lohnerhöhung besonderes Gewicht legt. Sie sagt nämlich, daß in einem solchen Falle das Unternehmen „rationalisieren“ wird, daß der Arbeitseffekt gesteigert und auf diese Weise schließlich größere Gewinne trotz der Lohnerhöhung erzielt werden. Gewiß ist zugegeben, daß eine Schmälerung der Gemeinnützigkeiten, sei sie nun durch Lohnerhöhung oder durch irgendwelche sonstigen Erhebungen der Produktionskosten verursacht, einen Ansporn zu rationalen Betriebsführung bildet. Derartige Ansporne sind aber für das Unternehmen in jedem Augenblick gegeben, denn die Konkurrenzverhältnisse, Vorpränge der Konkurrenz auf dem Gebiete der Rohstoffbeschaffung, der technischen Ausgestaltung, der besseren Kapitalverforgung, der Steuerlast usw. sorgen stets dafür, daß versucht werden muß, den Effekt des Unternehmens immer wieder zu verbessern. Es bedarf also eines besonderen Antriebes durch die Lohn erhöhungen nicht. In welchem Umfange aber derartige „Rationalisierungen“ möglich sind, hängt von den verschiedenen Umständen, bei uns vor allem von der Gestaltung der Kapitalverhältnisse, und damit der Höhe ab. Rationalisierung kann in der verschiedensten Form erfolgen. Sie kann in besserer Arbeitsteilung bestehen, die dann ihrerseits in irgendeinem Zeitpunkt zur Freisetzung von Arbeitskräften führt; sie kann auch in technischen Verbesserungen und Umstellungen bestehen, die ebenfalls die Tendenz haben, im Verhältnis zum Produktionsumfang die verwendeten Arbeitskräfte zu vermindern. Grundbedingung muß also die Tendenz der Rationalisierung darauf hinausgehen, Arbeitskräfte zu ersparen und eine höhere Leistung pro Kopf zu erzielen. In einem solchen Falle wird also die Lohnerhöhung gewissermaßen von überflüssig werdenden Rationalisierungsprojekten abgetrennt.

Um aber derartige, besonders technische, Rationalisierungen durchführen zu können, muß das Unternehmen das nötige Kapital besitzen. Sofern es das Kapital nicht selbst besitzt, muß es an den Kapitalmarkt gehen. Hier kommen wir nun an den Punkt, der für die Auswirkung von Lohn erhöhungen auf der Produktionsseite für unsere deutschen Verhältnisse ganz besonders schwerwiegend ist. Es braucht nicht näher darauf eingegangen zu werden, daß der deutsche Kapitalmarkt nicht einmal den laufenden Ansprüchen unserer Wirtschaft genügt, daß er also zusätzlich, durch solche erzeugte Rationalisierungsverursachten Ansprüchen erst recht nicht genügen kann. Es wird bei der Theorie der günstigsten Auswirkung von Lohn erhöhungen nun mit dem amerikanischen Beispiel operiert, aber hierbei folgendes zu beachten. Das deutsche Volkseinkommen wurde vor dem Kriege auf etwa 300 bis 350 Milliarden Goldmark geschätzt; Krieg und Inflation haben große Teile davon zerstört, so daß man jetzt mit — m. E. reichlich hohen — Schätzungen von etwa 200 Milliarden Goldmark rechnet. Unser Volkseinkommen und damit auch das unserer Gesamtwirtschaft zur Verfügung stehende Kapital hat sich also gegenüber dem Vorkriegsstand um etwa ein Drittel verringert. In Amerika liegen die

Dinge gerade umgekehrt. Im Jahre 1912 ist das amerikanische Volkseinkommen auf etwa 800 Milliarden Goldmark, 1925 aber auf etwa 1600 Milliarden Goldmark gestiegen worden. Es ist also — unter Berücksichtigung der Geldwertveränderung — um etwa die Hälfte gestiegen. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Möglichkeit zur rationalen Gestaltung der Produktion unter den amerikanischen Kapitalverhältnissen eine ganz andere ist als unter den deutschen. Die Folge unserer Kapitalarmut ist der hohe Zinssatz. Bei jeder neuen Verwertung zusätzlicher Kapitalmasse muß das Unternehmen vorher festzustellen versuchen, welche Ersparnis durch Verwertung solcher Kapitalmasse erzielt werden kann. Je höher der Zinssatz ist, desto höher muß die erzielbare Ersparnis sein, um eine solche Kapitalverwertung rentabel zu machen. Käfen sich durch technische Rationalisierung nur Rentabilitätserfolge erzielen, die geringer sind als es den aufzunehmenden Zinskosten entspricht, so kann auch ein starker Druck auf die Selbstkosten, etwa durch Kohnerhebungen, eine solche Rationalisierung nicht rechtfertigen. Dann wird aber der Ausgleich für die gestiegenen Kohnerkosten unmöglich, d. h. die Kohnerhebung wird dann auch in der Zukunft hänlig von dem Gewinn des Unternehmens getragen. Die Gewinnminderungen bedeutet aber eine Deringierung der Bildung von Eigenkapital, so daß allgemein zur Aufrechterhaltung des Betriebes im bisherigen Umfange das Unternehmen zur Aufnahme von Fremdkapital zu hohem Zins genötigt wäre. Hierdurch wird das Unternehmen nicht nur viel abhängiger von den, wie mir gerade in den letzten Wochen gesehen haben, auf unseren Kapitalmarkt stark wirkenden politischen Zufälligkeiten und den Zufälligkeiten der Gestaltung des amerikanischen Geldmarktes, sondern der hohe Zinssatz zehrt auch in zunehmendem Maße an den Ertragsmitteln des Unternehmens. Es ist leicht einzusehen, daß bei eines Tages eine Grenze kommt, die die Beschäftigung des Kapitals in dieser Industrie nicht mehr rentabel erscheinen läßt. Die Folge hiervon ist nun entweder, daß das Kapital sich aus solchen nicht genügend rentierenden Unternehmen zurückzieht, oder aber, falls das je doch zum großen Teil in Gebäuden, Maschinen usw. festende Kapital nicht herausziehen ist, daß die nötigen Mittel zur ständigen Modernisierung und Instandhaltung des Betriebes nicht mehr vorhanden sind, der Betrieb also in sich langsam auflösen muß. In beiden Fällen ist die soziale Folge die einer geringeren Beschäftigungsmöglichkeit für die Arbeitnehmerkraft und schließlich ein Erliegen des Betriebes mit der Folge der Arbeitslosigkeit für den ihm bisher Beschäftigten.

Es wird vielfach behauptet, daß die deutsche Industrie in den letzten Jahren in großem Umfange rationalisiert habe und diese Steigerung der Ertragsmittel in der Lohnentwicklung nicht zum Ausdruck gekommen wäre. Hierbei wird nicht nur die starke Kapitalverwertung der letzten Jahre übersehen, sondern auch die Tatsache,

daß die Ergebnisse der Rationalisierung durch eine Erhöhung anderer Selbstkostenfaktoren ausgeglichen wurden bzw. immer noch nicht zu Ertragsmitteln der Unternehmungen geführt haben, wie sie notwendig sind, um unseren heutigen Produktionsapparat auch im Interesse der Beschäftigung unserer steigenden Arbeitnehmerzahl zu vergrößern. Von den steigenden Käfen sind die Aufwendungen für das Kapital, also die Zinslasten, bereits erwähnt. Es muß aber auch noch der steigenden Steuerlasten, der zum Arbeitgeber zu tragenden, mit steigendem Lohn ja auch steigenden Sozialabgaben gedacht werden. Wenn beispielsweise ein Unternehmen das Verhältnis von Umsatz zum Kapital gegenüber seinem Vorjahresstand um 40 v. H. verbessert hat, jetzt aber mit der Hälfte Fremdkapital arbeiten muß und hierfür, sowie für Steuern usw. um 80 v. H. höhere Aufwendungen zu machen hat, so setzt dies Zahlengegenüberstellung, daß trotz der Rationalisierung und ihres erheblichen Effektes das Unternehmen keineswegs besser steht, sondern daß hier lediglich ein Ausgleich der gestiegenen Käfen vorliegt.

Eine Kohnerhebung muß also zunächst aus dem bisherigen Gewinn eines Unternehmers gezahlt werden. Käfen sich infolge der Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung oder mit Rücksicht auf den hohen Zinssatz für Fremdkapital keine oder nicht genügend Wege finden, den Gewinn wieder auf die zur Bildung von Eigenkapital und Zahlung einer ausreichenden Rente notwendige Höhe zu bringen, so ist ein Zusammenstürzen und schließliches Auflösen dieses Unternehmens bzw. dieses Industriezweiges die Folge. Dieser Weg verläuft also schließlich die Arbeitslosigkeit für die Arbeitnehmer. Eine Politik der Kohnerhebung kann daher einen günstigen Einfluß auf die Konjunkturalentwicklung nur dann haben, wenn die Erhöhung nicht zu einem Angriff auf die Gewinne zu führen braucht, d. h. also, wenn Ausgleichsmöglichkeiten innerhalb der Selbstkosten vorhanden sind. Diese Möglichkeit ist aber bei der Verfassung des deutschen Kapitalmarktes und aus einer Reihe anderer Gründe, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann, außerordentlich vereinzelt und generell nicht mehr gegeben. Da zugleich auch die Wirkung der Kohnerhebung auf der Konsumseite nicht eine unbedingt günstige zu sein braucht, muß man zu dem Schluss kommen, daß in der Lage, in der sich die deutsche Wirtschaft befindet, Kohnerhebungen keine die Konjunktur heilende Wirkung haben werden, vielmehr viel eher zu einer Auftriebendenz für die Preise und einer zu starken Belastung der Kapitalbildung, die schließlich in eine Verringerung der Arbeitsmöglichkeit münden, führen werden.

Ägypten und sein König.

In wenigen Tagen wird König Fuad von Ägypten zu mehrtägigem Aufenthalt in der Reichshauptstadt eintreffen. Sein Besuch bietet willkommene Gelegenheit, sich auch an dieser Stelle zusammenfassend einmal etwas eingehender mit dem Lande zu befassen, das durch die Eigenart seiner Verhältnisse, durch seine geographische Lage und seine Geschichte, eins der interessantesten und wichtigsten Länder der Welt ist.

Ägypten wird im Osten durch das Rote Meer, im Westen durch die Sahara begrenzt, in seiner ganzen Länge vom zweiten Katarakt unmittelbar nördlich des Nils bis zu seiner Einmündung ins Mittelmeer vom Nil durchflossen. Es ist, wie dies bereits der Vater der Geschichte, der alte Herodot, ausgesprochen hat, ein Geschenk dieses Stromes, mit dessen gelben Fluten sein Schicksal seit den ältesten Zeiten auf das engste verbunden war und es auch heute noch ist. Die Fluten des Nil sind es, die mit ihren Überflimmungen im Sommer und Herbst Ägypten jene gewaltige Fruchtbarkeit geben, die zwei bis drei Ernten im Jahre keine Seltenheit sein läßt. Sie sind es, die hier in den ältesten Zeiten der Geschichte eine Kultur erblühen ließen, deren Hochland des Ägypten wir in seinen umherstehenden und riesenhaften Tempelanlagen bewundern — und sie sind es schließlich auch, die dem ganzen Charakter des Landes und seiner Bewohner auch heute noch das Gepräge geben.

Ägypten ist ein ausgesprochenes Agrarland, dessen Ertragsfähigkeit man heute durch riesige Staumdämme, durch ein Netz von Be-

wässerungskanälen und durch eine sorgfältige Stromüberwachung wieder auf ihre frühere Höhe zu bringen vermag. Es ist zugleich mit einer Bevölkerungszahl von 13 Millionen Menschen und einer unbauwürdigen Bodenfläche von rund 51 000 Quadratkilometern eins der am dichtesten besiedelten Länder der Welt. Sein wirtschaftliches Rückwärtsbleiben heute der Baumwollbau. Er umfaßt über ein Drittel der gesamten unbauwürdigen Fläche und liefert rund 7 Prozent der Welterte an Baumwolle, hat andererseits aber dazu geführt, daß die Menge des im Lande gewonnenen Getreides für die Ernährung der Bevölkerung nicht ausreicht und daher ausländisches, insbesondere amerikanisches Getreide eingeführt werden muß.

Die Bevölkerung besteht zu 90 Prozent aus Mohammedanern, zu 10 Prozent aus christlichen Kopten, eingewanderten Europäern und Sensatinern. Sie ist in ihrem altneugeborenen Teilen ein Gemisch aus während der arabischen Eroberung eingedrungene Araberstämmen und den Nachkommen der altägyptischen Urvölkerung, den sogenannten Fellachen. Es sind dies größtenteils Bauern und landwirtschaftliche Arbeiter, die teilweise in ärmlichen Verhältnissen leben, andererseits aber die überwiegende Masse der ägyptischen Bevölkerung ausmachen. Nur geringe Teile von ihnen leben in den Süden, die sich dem ganzen Charakter des Landes entsprechend bis vor kurzem so gut wie ausschließlich am Nil und in dessen unmittelbarer Umgebung befanden. Die wichtigsten von ihnen sind die Landeshauptstadt Kairo, das mit rund einer Million Ein-



König Fuad

TRANSJORDAN G. m. A. Z.

14. Februar 1917.

Russischer Außenminister an französischen Botschafter in Petersburg: Russische Regierung sagt Frankreich die Unterstützung folgender französischer Friedensbedingungen zu: „1. Elsaß-Lothringen wird an Frankreich zurückgegeben. 2. Die Grenzen (dieses Gebiets) werden mindestens bis zum Umfang des früheren Herzogtums Lothringen ausgedehnt und sind nach den Wünschen der französischen Regierung festzusetzen, wobei die strategischen Notwendigkeiten berücksichtigt werden müssen, damit auch das ganze Eisenerzrevier Lothringens und das ganze Kohlenbecken des Saarreviers dem französischen Territorium einverleibt wird. 3. Die übrigen linksrheinischen Gebiete, die jezt zum Bestande des Deutschen Reiches gehören, sollen von Deutschland ganz abgetrennt und von jeder politischen und

wirtschaftlichen Abhängigkeit von Deutschland befreit werden. 4. Die linksrheinischen Gebiete, die dem Bestande des französischen Territoriums nicht einverleibt werden, sollen ein autonomes und neutrales Staatswesen bilden und so lange von französischen Truppen besetzt bleiben, bis die feindlichen Reiche endgültig alle Bedingungen und Garantien erfüllt haben werden, die im Friedensvertrag angeführt sein werden.“



Die Kriegsziele der Alliierten

11. März 1917.

Russischer Botschafter in Paris teilt dem russischen Außenminister mit, daß die französische Regierung die im Jahre 1916 mit Rußland geschlossenen Verträge über Konstantinopel und die Meeresszene besätige und Rußland volle Freiheit bei der Festlegung seiner Westgrenze zu erkenne.

B. Die wirtschaftlichen Kriegsziele der Feinde Deutschlands

14.-17. Juni 1916.

Die in Paris tagende amtliche Wirtschaftskonferenz der Alliierten beschloß für die Kriegsdauer die Vereinheitlichung und Verschärfung der Wirtschaftsblockade, für die Zeit nach dem Kriege die Fortsetzung des Wirtschaftskrieges gegen die Mittelmächte. Für die Zeit des Wiederaufbaues der alliierten Länder erklärten die Alliierten „ihren gemeinsamen Entschluß, die Wiederherstellung der durch Zerstörung, Raub und ungerechte Requisition leidenden Gegenden zu sichern, sowie gemeinschaftlich Mittel und Wege ausfindig zu machen, ihnen vor allem zur Rückerstattung ihrer Rohstoffe, industriellen und landwirtschaftlichen Anlagen, Vorräte und Handelsflotte zu verhelfen“. Den feindlichen Mächten soll für einige Jahre das Recht der Meistbegünstigung nicht zustehen. „Zwecks Verteidigung ihrer Handels-, Landwirtschafts- und

Schiffahrtsinteressen gegen wirtschaftliche Angriffe durch Überschwemmung mit Waren oder irgend sonstige Konkurrenz werden die Alliierten gemeinschaftlich einen Zeitraum festsetzen, während dem der Handel der feindlichen Mächte besonderer Behandlung und die dorthin stammenden Waren entweder einem Verbot oder besonderen Methoden wirksamer Natur unterworfen sein sollen.“ „Die Alliierten werden die Maßnahmen bestimmen, um in ihren Gebieten feindliche Unterthanen an der Ausübung gewisser Gewerbe oder Berufe zu verhindern, die die Landesverteidigung oder die wirtschaftliche Unabhängigkeit betreffen.“ Die beschlossenen „dauernden“ Maßnahmen bezwecken die Sicherung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit von den „feindlichen“ Ländern und sehen diesen gegenüber besondere Zollabgaben und „Verbote zeitweiligen oder dauernden Charakters“ vor.

C. Der Notenkampf um den Frieden 1916 und 1917

12. Dezember 1916.

Friedensangebot der Mittelmächte. „Der furchtbare Krieg, den die Geschichte je gesehen hat, wütel seit bald 2½ Jahren in einem großen Teile der Welt... Deutschland und seine Verbündeten... haben in diesem Kampfe ihre unüberwindliche Kraft erwiesen. Sie haben über ihre an Zahl und Kriegsmaterial überlegenen Gegner gewaltige Erfolge errungen... Die letzten Ereignisse beweisen, daß auch eine weitere Fortsetzung des Krieges ihre Widerstandskraft nicht zu brechen vermag, daß vielmehr die gesamte Lage zur Erwartung weiterer Erfolge berechtigt. Zur Verteidigung ihres Daseins und ihrer nationalen Entwicklungsfreiheit wurden die vier verbündeten Mächte gezwungen, zu den Waffen zu greifen. Auch die Ruhmeslata ihrer Heere haben daran nichts geändert. Stets haben sie an der Überzeugung festgehalten, daß ihre eigenen Rechte und begründeten Ansprüche in keinem Widerspruch zu den Rechten der anderen Nationen stehen. Sie gehen nicht darauf aus, ihre Gegner zu zerschmettern oder gar zu vernichten. Getragen von dem Bewußtsein ihrer militärischen und wirtschaftlichen Kraft und bereit, den ihnen aufzuzugehenden

Kampf nötigenfalls bis zum äußersten fortzusetzen, zugleich aber von dem Wunsch beseelt, weiteres Blutvergießen zu verhüten und den Greueln des Krieges ein Ende zu machen, schlagen die vier verbündeten Mächte vor, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten. Die Vorschläge, die sie zu diesen Verhandlungen mitbringen werden und die darauf gerichtet sind, Dasein, Ehre und Entwicklungsfreiheit ihrer Völker zu sichern, bilden nach ihrer Überzeugung eine geeignete Grundlage für die Herstellung eines dauerhaften Friedens. Wenn trotz dieses Anerbietens zu Frieden und Versöhnung der Kampf fortdauern sollte, so sind die vier verbündeten Mächte entschlossen, ihn bis zum siegreichen Ende zu führen. Sie lehnen aber feierlich jede Verantwortung dafür vor der Menschheit und der Geschichte ab.“

18. Dezember 1916.

Friedensnote des Präsidenten Wilson (in Berlin am 21. Dezember überreicht). Nachdem er in der Einleitung betont hat, daß sein Vorschlag unabhängig von dem Friedensangebot der Mittelmächte entlassen sei, regt der Präsident an, „daß baldigst Gelegenheit genommen werde,



Die Kriegskarte vom Dezember 1916

von allen kriegführenden Staaten ihre Ansichten über die Bedingungen zu erfahren, unter denen der Krieg zum Abschluß gebracht werden könnte, und über die Vorkehrungen, die als Gewähr gegen seine Erneuerung oder die Wiederholung eines ähnlichen Konflikts in Zukunft für hinreichend gelten könnten, so daß sich die Möglichkeit böte, sie offen zu vergleichen. Dem Präsidenten ist die Wahl der zur Erreichung dieses Zieles geeigneten Mittel gleich. Er würde sich glücklich schätzen, in jeder annehmbaren Weise selbst dazu beizutragen oder sogar die Initiative zu ergreifen. . . . Der Präsident schlägt keinen Frieden vor, er bietet nicht einmal seine Vermittlung an. Er regt nur an, vertrauliche Erkundigungen einzuziehen, damit wir, die Neutralen, zusammen mit den kriegführenden Staaten erfahren, wie nahe wohl das Ziel des Friedens sein mag. . . ."

26. Dezember 1916.

Deutsche Antwort auf Wilsons Note vom 18. Dezember. „Der Herr Präsident zeigt das Ziel, das ihm am Herzen liegt, und läßt die Wahl des Weges offen. Der Kaiserlichen Regierung erscheint ein unmittelbarer Gedankenaustausch als der geeignetste Weg, um zu dem gewünschten Ergebnis zu gelangen. . . . Sie beehrt sich daher, im Sinne ihrer Erklärung vom 12. d. M., die zu Friedensverhandlungen die Hand bot, den alsbaldigen Zusammenritt von Delegierten der kriegführenden Staaten an einem neutralen Orte vorzuschlagen. Auch die Kaiserliche Regierung ist der Ansicht, daß das große Werk der Verhütung künftiger Kriege erst nach Beendigung des gegenwärtigen Völkerringens in Angriff genommen werden kann. Sie wird, wenn dieser Zeitpunkt gekommen ist, mit Freuden bereit sein, zusammen mit den Vereinigten Staaten von Amerika an dieser erhabenen Aufgabe mitzuarbeiten.“

30. Dezember 1916.

Antwort der Alliierten auf das Friedensangebot der Mittelmächte. „Die alliierten Regierungen vereinigt zur Verteidigung der Freiheit der Völ-

ker, haben beschlossen, gemeinsam auf die angeblichen Friedensvorschläge zu antworten.“ Sie protestieren „gegen die beiden wesentlichen Behauptungen der Note der feindlichen Staaten . . . , welche die Verantwortung für den Krieg auf die Alliierten abwälzen will und die den Sieg der Mittelmächte verkündet. Die Alliierten können diese doppelte unrichtige Behauptung nicht zulassen, die genügt, jeden Verhandlungsversuch zur Unfruchtbarkeit zu verurteilen. . . . Nachdem Deutschland seine Verpflichtungen verletzt hat, kann der von ihm gebrochene Friede nicht auf sein Wort gegründet werden. Eine Anregung ohne Bedingungen für die Eröffnung von Verhandlungen ist kein Friedensangebot. Der angebliche Vorschlag, der, jedes greifbaren Inhalts und jeder Genauigkeit entbehrend, durch die Kaiserliche Regierung in Umlauf gesetzt wurde, erscheint weniger als ein Friedensangebot denn als ein Kriegsmanöver. . . . Er beruht auf der systematischen Verkennung des Charakters des Streites. . . . Für die Vergangenheit übersieht die deutsche Note die Tatsachen, die Daten und die Zahlen, die feststellen, daß der Krieg gewollt, hervorgerufen und erklärt worden ist durch Deutschland und Österreich-Ungarn. . . . Für die Gegenwart stützt sich das angebliche Angebot . . . auf eine ausschließlich europäische „Kriegskarte“, die nur den äußeren und vorübergehenden Schein der Lage und nicht die wirkliche Stärke der Gegner ausdrückt. . . . Für die Zukunft erfordern die durch die Kriegserklärung Deutschlands verursachten Verwüstungen, die unzähligen Attentate, die Deutschland und seine Verbündeten gegen die Kriegführenden und gegen die Neutralen verübt haben, Sühne, Reparationen und Sicherheiten. Deutschland weicht listig dem einen wie dem andern aus. . . . In voller Erkenntnis der Schwere aber auch der Notwendigkeiten der Stunde lehnen es die alliierten Regierungen. . . . ab, sich mit einem Vorschlage ohne Aufrichtigkeit und ohne Bedeutung zu befassen. Sie versichern noch einmal, daß ein Friede nicht möglich ist, solange nicht Gewähr besteht für die Wiederherstellung der verletzten Rechte und Freiheiten, für die Anerkennung des Grundgesetzes der Nationalitäten und der freien Existenz der kleinen Staaten, solange nicht eine Regelung gesichert ist, die geeignet ist, endgültig die Ursachen zu beseitigen, die so lange die Völker bedroht haben, und die einzig wirksamen Bürgschaften für die Sicherung der Welt zu geben. . . .“

10. Januar 1917.

Antwort der Alliierten auf Wilsons Friedensnote vom 18. Dezember 1916. Die Alliierten „sind der Ansicht, daß es unmöglich ist, heute bereits einen Frieden zu erzielen, der ihnen die Sühnen, die Reparationen und Bürgschaften sichert, auf die sie ein Recht haben infolge des Angriffs, für den die Mittelmächte die Verantwortung tragen“. Ihre Kriegsziele seien in ihrer Antwort auf den Friedensvorschlag der Mittelmächte angegeben. „Diese Ziele werden in den Einzelheiten mit allen Kompensationen und gerechtfertigten Entschädigungen erst in der Stunde der Verhandlungen auseinandergesetzt werden. Aber die zivilisierte Welt weiß, daß sie alles Notwendige einschließen und in erster Linie die Wieder-

herstellung Belgiens, Serbiens und Montenegros, die ihnen geschuldeten Entschädigungen, die Räumung der besetzten Gebiete von Frankreich, Rußland und Rumänien mit den gerechten Reparationen, die Reorganisation Europas, Bürgerschaft für einen dauerhaften Frieden, die Zurückgabe der Provinzen und Gebiete, die früher den Alliierten durch Gewalt oder gegen den Willen der Bevölkerung entrisen worden sind, die Befreiung der Italiener, Slawen, Rumänen, Tschechen und Slowaken von der Fremdherrschaft, die Befreiung der Bevölkerungen, die der blutigen Tyrannei der Türken unterworfen sind, und die Entfernung des Osmanischen Reiches aus Europa, weil es zweifellos der westlichen Zivilisation fremd ist." Die Alliierten verwarfen sich ausdrücklich gegen eine Gleichstellung mit den Mittelmächten und „zweifeln nicht an dem Entschluß der amerikanischen Regierung, selbst den blossen Anschein einer auch nur moralischen Unterstützung der verantwortlichen Urheber des Krieges zu vermeiden“.

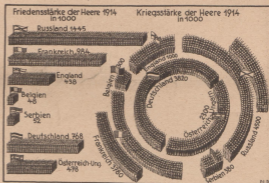
10. Januar 1917.

Deutsche Note an die Neutralen. Die Form, in der die Gegner das Friedensangebot der Mittelmächte abgelehnt haben, schließt eine Antwort an uns aus. Die deutsche Regierung legt aber Wert darauf, den Neutralen ihre Auffassung über die Sachlage mitzuteilen. „Deutschland und seine Verbündeten, die zur Verteidigung ihrer Freiheit und ihres Daseins zu den Waffen greifen mußten, betrachten dieses ihr Kriegsziel als erreicht. Dagegen haben die feindlichen Mächte sich immer weiter von der Verwirklichung ihrer Pläne entfernt, die nach den Erklärungen ihrer verantwortlichen Staatsmänner unter anderem auf die Eroberung Elsaß-Lothringens und mehrere preußischer Provinzen, die Erniedrigung und Verminderung der österreich-ungarischen Monarchie, die Aufteilung der Türkei und die Verstümmelung Bulgariens gerichtet sind. Angesicht solcher Kriegsziele wirkt das Verlangen nach Sühne, Wiedergutmachung und Bürgschaft im Munde der Gegner überaus erschreckend.“ Die Mittelmächte verwarfen sich dagegen, daß ihr Friedensangebot als Kriegsmanöver bezeichnet wird. „Die ohne Vorbehalt ausgesprochene Bereitschaft, beim Eintritt in die Verhandlungen ihre Friedensvorschläge bekanntzugeben, widerlegt jeden Zweifel an ihrer Aufrichtigkeit.“ Die Gegner, in deren Hand es lag, das Angebot auf seinen Gehalt zu prüfen, haben weder die Prüfung versucht noch Gegenvorschläge gemacht. Statt dessen erklären sie einen Frieden für unmöglich, solange nicht die Wiederherstellung der verletzten Rechte und Freiheiten, die Anerkennung des Grundsatzes der Nationalität, die freie Existenz der kleinen Staaten gewährleistet sei. Die Aufrichtigkeit, die der Gegner dem Vorschlag der vier verbündeten Mächte abspricht, wird die Welt diesen Forderungen nicht zubilligen können, wenn sie sich das Geschick des irischen Volkes, die Vernichtung der Freiheit und Unabhängigkeit der Burenrepubliken, die Unterwerfung Nordafrikas durch England, Frankreich und Italien, die Unterdrückung der russischen Fremdvölker und schließlich die ohne Vorgang in der Geschichte dastehende Vergewaltigung Griechenlands vor Augen hält. Auch über die angeblichen Völkerrechtsverletzungen der vier Verbündeten sind diejenigen Mächte nicht befugt, Beschwerde zu führen, die von Beginn des Krieges an das Recht mit Füßen getreten und die Verträge, auf denen es beruht, zerrissen haben. England sagte sich schon in den ersten Wochen des Krieges von der Londoner Deklaration los, deren Inhalt seine eigenen Delegierten ein geltendes Völkerrecht anerkannt hatten, und verlegte im weiteren Verlauf des Krieges auch die Pariser Deklaration.“ Der Aushungerungskrieg gegen Deutschland,

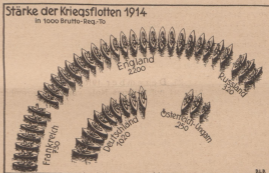
der Druck auf die Neutralen, die Verwendung farbiger Truppen in Europa, das vertragswidrige Hineintragen des Krieges nach Afrika, die unmenschliche Behandlung der Kriegsgefangenen, die Verschleppung der Zivilbevölkerung aus Ostpreußen, Elsaß-Lothringen, Galizien und der Bukowina sind weitere Beweise, wie die Gegner Recht und Kultur achten.

16. Januar 1917.

Die englische Regierung übersendet dem Präsidenten Wilson die englische Übersetzung der Antwort der Alliierten vom 10. Januar und begleitet sie mit folgenden Ausführungen: „Sr. Majestät Regierung teilt völlig das Ideal des Präsidenten, hat aber das starke Gefühl, daß die Dauerhaftigkeit dieses Friedens in weitem Maße von seinem Cha-



rakter abhängen muß und daß kein dauerhaftes System internationaler Beziehungen auf Grundlagen errichtet werden kann, die tatsächlich hoffnungslos mangelhaft sind. Dies tritt klar zutage, wenn wir die Hauptumstände betrachten, die das Unglück ermöglichten, unter dem die Welt jetzt leidet. Diese bestanden in dem Vorhandensein einer Großmacht, die von Herrschbegierde verzehrt wurde, inmitten einer Gemeinschaft von Nationen, die für die Verteidigung schlecht vorbereitet waren, zwar in reichem Maße



unterstützt durch internationale Geseze, aber durch keine Maschinerie) und sie durchzusehen und geschwächt durch die Tatsache, daß weder die Grenzen der verschiedenen Staaten noch ihre innere Verfassung mit den Bestrebungen ihrer einzelnen Rassen übereinstimmen oder ihnen gerechte und billige Behandlung sicherten. Daß dieses letztere Übel stark gemildert werden würde, wenn

1) Heer und Marine Englands, Frankreichs und Russlands schickten im Frieden 1.188.000 Köpfe, Heer und Marine Deutschlands und Österreich-Ungarns im Frieden: 1.341.000 Köpfe. Im Kriege schickten die Landstreitkräfte Englands, Frankreichs und Russlands 9.281.000 Köpfe, die Deutschlands und Österreich-Ungarns 6.122.000 Köpfe. Die Flotte des Dreiverbandes schickte 48, die Deutschlands und Österreich-Ungarns 50 Großkampfschiffe. Der Gesamttonnagehalt der Flotte des Dreiverbandes betrug 2.284.000, derjenige Deutschlands und Österreich-Ungarns 1.248.000.

die Alliierten die in ihrer gemeinschaftlichen Note entworfenen Veränderungen in der Karte Europas durchsetzen könnten, ist offenbar, und ich brauche nicht besonders darauf hinzuweisen. . . . Augenscheinlich erfordern die Friedensinteressen und die Ansprüche der Nationalitäten in gleicher Weise, daß die türkische Herrschaft über fremde Rassen wenn möglich beendet wird, und wir dürfen hoffen, daß die Ausbreitung der Türkei aus Europa ebensoviel zur Friedenssache beitragen wird wie die Zurückgabe von Elsaß-Lothringen an Frankreich, der italienischen Irredenta an Italien oder jede andere der Gebietsveränderungen, die in der Note der Alliierten angegeben werden. Es ist augenscheinlich, daß solche territorialen Wiederherstellungen, wenn sie auch die Gelegenheiten zum Kriege vermindern können, keine hinreichende Sicherheit gegen dessen Wiederkehr bieten, wenn Deutschland oder vielmehr diejenigen Kreise in Deutschland, die seine öffentliche Meinung bilden und seine Geschicke leiten, sich wiederum vornehmen, die Welt zu beherrschen. . . . Daher kann das englische Volk, obwohl es den Wunsch des Präsidenten nach Frieden vollat teil, nicht glauben, daß der Frieden dauerhaft sein kann, wenn er nicht auf den Erfolg der Sache der Alliierten gegründet ist."



Bethmann Hollweg

des Präsidenten nach Frieden vollat teil, nicht glauben, daß der Frieden dauerhaft sein kann, wenn er nicht auf den Erfolg der Sache der Alliierten gegründet ist."

seinen Willen Frankreich entrissenen Elsaß-Lothringen im Jahre 1871 in der Nationalversammlung erhoben, erklärt sie, von dem Kriege, der Europa durch den Angriff des imperialistischen Deutschland auferlegt worden ist, die Befreiung der besetzten Gebiete, die Rückkehr Elsaß-Lothringens zum Mutterland und die gerechte Reparation der Schäden zu erwarten; entfernt von jedem Gedanken an Eroberung und Unterjochung fremder Völker, rechnet sie darauf, daß die Anstrengungen der Armeen der Republik und der Alliierten es nach der Niederwerfung des preußischen Militarismus erlauben werden, für die großen und kleinen Völker dauerhafte Bürgschaften des Friedens und der Unabhängigkeit in einer jezt schon vorzubereitenden Organisation der Gesellschaft der Nationen zu erlangen."

6. Juni 1917

Der französische Senat beschließt einstimmig folgende Tagesordnung: Überzeugt, daß ein dauerhafter Frieden nur aus dem Siege der alliierten Armeen hervorgehen kann, bekräftigt der Senat in den Willen Frankreichs, . . . den Krieg fortzusetzen bis zur Rückgabe Elsaß-Lothringens, der Befreiung der Verbrochen, der Reparation der Schäden, der Erlangung von Bürgschaften gegen einen Rückstoß des deutschen Militarismus.



Michelis

31. Januar 1917

Gleichzeitig mit der Ankündigung des uneingeschränkten U-Bootkrieges überreicht Graf Bernstorff in Washington die Bedingungen, die die deutsche Regierung zur Grundlage von Friedensverhandlungen zu machen beabsichtigte: Zurückstellung des von Frankreich besetzten Teiles des Oberelsaß an Deutschland. Gewinnung einer

19. Juli 1917

Friedensresolution des Deutschen Reichstages:

„Wie am 4. August 1914 gilt für das deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres das Wort der Thronrede: ‚Uns treibt nicht Eroberungssucht.‘ Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit, für die Un-



Erzberger



Fehrensch



Dietrich



Schulermann



Gumbel



F. Traug

Deutschland und Polen gegen Rußland strategisch und wirtschaftlich sichernden Grenze. Koloniale Restitution in Form einer Verständigung, die Deutschland einen seiner Bevölkerungszahl und seinen wirtschaftlichen Interessen entsprechenden Kolonialbesitz sichert. Rückgabe der von Deutschland besetzten französischen Gebiete unter Vorbehalt strategischer und wirtschaftlicher Grenzberichtigungen sowie finanzieller Kompensationen. Wiederherstellung Belgiens unter bestimmten Garantien für die Sicherheit Deutschlands. Wirtschaftlicher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage des Austausches der beiderseits eroberten und im Friedensschluß zurückzugebenden Gebiete. Schadloshaltung der durch den Krieg geschädigten deutschen Unternehmungen und Privatpersonen. Verzicht auf alle wirtschaftlichen Abmachungen und Maßnahmen, die ein Hindernis für den normalen Handel und Verkehr nach Friedensschluß bilden würden, Abschluß entsprechender Handelsverträge. Sicherstellung der Freiheit der Meere.

5. Juni 1917

Kundgebung der französischen Kammer über Kriegsziele: „Indem die Kammer den einhelligen Protest gegenzeichnet, den die Vertreter des gegen-



Schulermann

versehrtheit seines territorialen Besitzstandes hat Deutschland die Waffen ergriffen.

Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar. Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verleindung der Völker nach dem Kriege ausgehen. Nur der Wirtschaftsfriede wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten. Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern. Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberung und Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist. In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüberwindlich. Der Reichstag weiß sich darin eins mit den Männern, die in heldenhaftem Kampfe das Vaterland schützen. Der unvergängliche Dank des ganzen Volkes ist ihnen sicher."

wobner am Anfang des Mittelalters gelegen, eins der bedeutendsten Kulturzentren der islamischen Welt bildet, sowie Alexandria, das mit einer Einwohnerzahl von rund 600 000 Menschen der Haupthafen des Landes ist. Zu ihnen sind seit der Erbauung des Suezkanals an der Ostküste Ägyptens noch Port Said und Suez gekommen. Sie liegen am Eingang beziehungsweise Ausgang des Kanals und besitzen heute rund 91 000 beziehungsweise 51 000 Einwohner.



Suez, Suezkanal

Wässern des Nils ist es die geographische Lage, die dem Charakter Ägyptens und seiner Entwicklung seit jeher das Gepräge gibt. Ägypten ist das natürliche Einfallstor in den afrikanischen Kontinent. Es ist wie die Türkei ein Land, wo Asien und Orient einander berühren und damit eine Brücke zwischen diesen beiden, über die seit alterher der größte Teil des Warenhandels aus dem Mittelmeer und aus Europa nach Süd-Asien und dem fernem Osten geht.



Der El-Bahari, Tempel und Golewan

Diese Bedeutung hat es insbesondere seit der Erbauung des Suezkanals, der auch jenen Handel und Verkehr seinen Weg über Ägypten nehmen ließ, der bisher den Seeweg um Südafrika herum nach Ostasien und Australien gewählt hatte. Sie machte Ägypten damit zu einem Brennpunkt des internationalen Weltverkehrs, zugleich aber auch zu einem der wichtigsten Länder in dem englischen Streben nach Sicherung seines Weltreiches. Die Beherrschung Ägyptens wurde für das meerregierende England zur unbedingten Notwendigkeit. Ihr galt der Kampf Englands gegen Frankreich, das seit den Tagen Napoleon I. die einflussreichste Macht in Ägypten gewesen und dessen Werk auch der Suezkanal war, ihr galt vor allen Dingen die Befestigung des Mittelandes durch England im Jahre 1882, nachdem dieses, im Jahre 1875 bereits, den Kanal durch einen genialen finanzpolitischen Schachzug in seinen Besitz gebracht hatte. Diese Befestigung ist gegen Ende des vorigen Jahrhunderts auch auf den Sudan ausgedehnt worden. Sie hat Ägypten zweifellos eine geordnete Verwaltung und Wirtschaft und auch sonst außerordentliche Vorteile gebracht, ihm zugleich aber auch seine politische und finanzielle Freiheit genommen. Ägypten, das bis dahin nur dem Namen nach der Oberhoheit des türkischen Sultans unterstand, im übrigen aber vollständig frei und unabhängig gewesen war, wurde bei Ausbruch des Weltkrieges im Jahre 1914 englisches Protektorat, nachdem es im Jahre 1899 bereits in eine gemeinsame englisch-ägyptische Verwaltung im Sudan eingewilligt hatte.

In dieser politischen Lage in Ägypten hat sich seitdem nur wenig geändert. England hat zwar im Februar 1922 unter dem Druck der ägyptischen Nationalbewegung und seiner sonstigen Schwierigkeiten im nahen Orient auf das Protektorat verzichtet und Ägypten als unabhängigen Staat in Form einer konstitutionellen Monarchie formell anerkannt. Seine völlige Unabhängigkeit aber hat Ägypten damit noch lange nicht wiedergewonnen. Die Aufhebung des englischen Protektorats ließ vier Fragen unberührt, deren entscheidende Bedeutung für die englische Machtstellung im Mittelmeer, im nahen Orient und in Indien auf der



Schiff im Suezkanal

Hand liegt, deren Nichtberücksichtigung andererseits aber den Wert der den Ägyptern zugesicherten Unabhängigkeit wesentlich herabminderte. Diese vier Fragen bezogen sich auf die Zurückziehung der englischen Besatzungstruppen und die Kontrolle der ägyptischen Armee durch England, auf die Verteidigung Ägyptens gegen fremde Angriffe und den Schutz der fremden Interessen, auf die Kontrolle der ägyptischen Außenpolitik und die Aufrechterhaltung der englischen Machtstellung im Sudan. Ihre Regelung sollte späteren Verhandlungen vorbehalten bleiben.

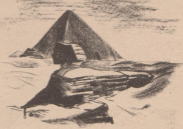
Diese Verhandlungen haben nach wiederholten schweren Konflikten Ägyptens mit England im Juli 1922 begonnen und mit mehreren Unterbrechungen bis zum Dezember dieses Jahres gedauert. Ihr Ergebnis war ein englisch-ägyptischer Vertragsentwurf, in dem England zwar neben der Versicherung, bei den übrigen Mächten für die von Ägypten erzielte Aufhebung der fremden Kapitulationen einzutreten, in die Aufhebung des bisherigen englischen Oberbefehls über die ägyptische Armee und seine Umwandlung in einen ägyptischen einwilligte, diese Zugeständnisse andererseits jedoch abhängig machte von der unveränderten Kontrolle der ägyptischen Außenpolitik, von der ägyptischen Anerkennung der englischen Machtstellung im Sudan und vom weiteren Verbleib der englischen Truppen am Nil. Ihre Zurückziehung sollte frühestens nach Ablauf von fünf Jahren, und auch dann nur bis an den Suezkanal erfolgen, im übrigen aber abhängig sein von der weiteren Entwicklung der politischen Lage in Ägypten.

Dieser Vertragsentwurf ist von den ägyptischen Nationalisten, die, in der sogenannten Wafsbpartei zusammengeschlossen, die bei weitem überwiegende Masse des ägyptischen Volkes darstellen, abgelehnt worden. Die ägyptischen Nationalisten waren zwar bereit, mit England ein militärisches Bündnis abzuschließen, das im Kriegsfall beide Länder zu gegenseitiger Unterstützung verpflichtete und England in diesem Falle auch das Recht gegeben hätte, die ägyptischen Eisen-, Glas- und Zementwerke zu benutzen. Sie waren auch bereit, unter formeller Aufrechterhaltung ihrer bisherigen Ansprüche in den Fortbestand des im Jahre 1899 abgeschlossenen englisch-ägyptischen Sudanvertrages einzuvilligen. Was sie aber forderten, war die sofortige Zurücknahme der englischen Besatzungstruppen und die Wiederherstellung der vollen ägyptischen Souveränität. Die englische Regierung hat ihrerseits dies abgelehnt.

Sie besteht auf unneränderter Annahme des von ihr vorgeschlagenen Vertragsentwurfs. Die politische Lage in Ägypten ist damit heute noch die gleiche wie im Februar 1922. Sie hat neben ihrer außenpolitischen aber auch noch eine innerpolitische Seite, deren Grundlagen gegeben sind durch die verschlepperte Einstellung der einzelnen ägyptischen Parteien gegenüber der Verständigung mit England. Diese verschlepperte Einstellung kommt zum Ausdruck in der Haltung des ägyptischen Königs und der ihm nahebedingten Kreise, die mit allen Mitteln versuchen, mit England in ein vertraglich festgelegtes



Suez, Hof der Moschee Mohamed III



Großpyramide und Sphinx

Verhältnis zu kommen, und die von England hierfür gemachten Vorschläge als eine im Rahmen des zur Zeit Möglichen geeignete Basis ansehen. Die Folge davon sind innerpolitische Spannungen in Ägypten, die überbrückt wurden, solange an der Spitze der ägyptischen Nationalisten eine Persönlichkeit stand wie der verehrte Saad Zaghalul Pasha, sofort jedoch mit aller Schärfe hervorbrachen, als nach dessen Tode eine solche Führerpersönlichkeit nicht mehr vorhanden war. Ihr Ergebnis waren schließlich innerpolitische Verhältnisse in Ägypten, die der Regierung und dem König eine geordnete Regierungsweise so gut wie unmöglich machten und geeignet waren, Ägypten in neue unbeherrschbare Verwirrungen mit England zu bringen. Diese innere Spannungen haben im vergangenen Jahre König Fuad veranlaßt, im Einvernehmen mit seinen Ministern die Verfassung für drei Jahre zunächst außer Kraft zu setzen und für diese Zeit die gesamte Regierungsgewalt selbst zu übernehmen.

König Fuad, der seit dem Jahre 1917 zunächst als Khedive und dann als König an der Spitze des ägyptischen Staates steht, hat sich mit diesen Maßnahmen im Gegensatz zu großen Teilen seines Volkes gestellt. Ob er damit richtig gehandelt hat, läßt sich von hier aus nicht übersehen; das wird die Zukunft zeigen. Ein Urteil hierüber zu fällen steht uns in jedem Falle nicht zu. Wir haben dazu auch keine Veranlassung, da Deutschland an den inneren und äußeren Verhältnissen Ägyptens in keiner Weise beteiligt ist. Deutschland verfolgt in Ägypten keinerlei politische Absichten. Es erzieht in Ägypten allein wirtschaftliche und kulturelle Ziele. Seine dortige Tätigkeit erstreckt sich allein auf die Herstellung möglichst enger, für beide Länder vorteilhafter Handelsbeziehungen, sowie auf die Erforschung der ägyptischen Altertumsfunde, wie sie zum Ausdruck gekommen ist in den deutschen Ausgrabungen auf dem Pyramidenfelde von Gizeh und der Wiedererrichtung des deutschen archäologischen Instituts in Kairo.

Zur Zeitgeschichte

Die Saarläuge und das deutsche Land an der Saar.

Von Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin, Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“.

„Meiner Meinung nach ist es ganz gleichgültig, ob die Volksabstimmung 1935 oder 1936 stattfindet. Die Saarbevölkerung will zu ihrem deutschen Vaterlande zurück. Sie umfaßt 700 000 Personen, die praktisch alle Deutsche sind. Sie werden verstehen, daß 700 000 Deutsche nicht entzweit davon sind, von vier Ausländern regiert zu werden. Die Bevölkerung wurde allen politischen Einflüssen beraubt.“

So schrieb der im Jahre 1927 von seinem Posten als Präsident der Saarregierungscommission zurückgetretene Kanadier Stephens in einem Aufsatze in la Montreux herausgegebenen „Star“. So sprach der Mann, der in etwa dreijähriger Tätigkeit innerhalb der Saarregierungscommission als Nachfolger des Franzosen Kault gewiß hinreichend Gelegenheit hatte, die deutsche Bevölkerung und die Verhältnisse an der Saar kennenzulernen. Diesen Worten des früheren Saarpräsidenten Stephens braucht man nichts hinzuzufügen, sie charakterisieren die Saarfage hinreichend.

Dort an der Saar kämpft die durch den Nachspruch von seinen verkündenden Winkeln und deutschen Stammvolk geteilte abgetrennte Bevölkerung ohne Waffen und Jagen für ihre Wiedererrettung, für ihre und für Deutschlands Freiheit, indem sie immer wieder gegen die Klüge von den 100 000 Saarfranzosen Clemenceaus zeugt. Die Saarfage ist lösungsbereit. Der Völkerverband würde sich selbst den besten Dienst erweisen, wenn er seinen ganzen Einfluß aufbiete, um Frankreich zur Liquidierung der Saarfage zu veranlassen. Bezeichnend nicht auch der Vorgänger Stephens, das fanaobische Mittelglied der Saarregierung Waugh, seinerzeit wegen der unhaltbaren Zustände an der Saar dieses Völkerverbandes ein „Unruhezentrum Europas“?

Die Sinnlosigkeit des Versailler Diktats mit seinen verkündenden Winkeln in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehung hat sich besonders augenfällig an dem holländischen Schicksal des Saargebietes gezeigt. Zur Regelung der Saarfage ist es befallmüßig erst nach langen schweren Kämpfen zwischen Clemenceau, Lloyd George und Wilson gekommen, da Frankreich nichts mehr und nichts weniger als die völlige Annexion des Saargebietes verlangte. Wilson setzte diesen Ansprüchen heftigen Widerspruch entgegen, indem er die Richtigkeit der von den Franzosen mit wirtschaftlichen, geographischen, geschichtlichen, politischen und rechtlichen Hinweisen begründeten Forderungen betonte. Erst als Clemenceau auf eine angeblich willkürliche Abreise von 100 000 Saarfranzosen, die die Wiedererrettung mit Frankreich wünschten, verzugs, ließen sich Wilson und Lloyd George auf eine Regelung ein, wie sie in den Artikeln 45 bis 50 mit den zwei Kapiteln des Saarstatuts im Versailler Diktat festgelegt wurde.

Zehn Jahre leben die deutschen Brüder an der Saar nun schon unter der rößsigen Kostrennung vom Reich unter einer fremdberrschaft, die noch immer nicht den ihm zu treuen Händen anvertrauten Gebiete dienen, sondern in allen entscheidenden Fragen gerade dem französischen Mandatgeber, der die Hände nach dem Saargebiet ausstreckt, willfährig ist. Noch immer weigert sich Frankreich, die Saar wieder frei zu lassen. Dabei schweilt eine neue Gefahr für das Saargebiet hervor:



Vereinigte Hütten- und Stahlwerke Burbach-Gladbach

Die Gefahr der Festinklebung durch Frankreich, wenn es nicht das ganze Gebiet an sich reißen vermag. „Wardogafahrer“ und „Saarfranzösische“ wirtschaftliche Verbände haben die Geschäftsstelle in der französischen Saarpolitik herortreten und diese Schätzen um die Zukunftsentcheidung für unser so treudeutsches Saargebiet spinnen.

Noch ist die Aufgabe, die sich der Bund der Saarvereine und die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ als vaterländische überparteiliche Organisation, deren Gründung vor zehn Jahren erfolgte, mitzuwirken nach Kräften an der Deutscherhaltung des ungeteilten Saargebietes, nicht erfüllt. Ihre Hauptaufgabe ist es, im Deutschen Reich überall das Interesse und Verständnis für das traurige Geschick des vom Reiche losgetrennten und jobrelang hindurch fast heimtösch abgetheilten Saargebietes zu wecken und zu heiligen, um so dem Kampf der Saarbevölkerung um die Deutscherhaltung ihrer Heimat im Reiche einen Stützpunkt zu geben. Deshalb sind die im Reiche zerstreut lebenden Saarländer in örtliche Organisationen (Ortsgruppen) zusammengefaßt, um so auch eine Stätte alter Heimatgefühle zu schaffen. In die Spitze ihrer hochbedeutenden vaterländischen Aufklärungsarbeit dürfen wohl mit Recht die alljährlich stattfindenden großen Saar-Fundgebungen mit den Jahres-tagungen des Bundes der Saarvereine gestellt werden. In eindrucksvoller Weise bringen diese alljährlichen Saarfundgebungen die Zusammengehörigkeit des Saarvolkes mit Deutschland zum Ausdruck. Aufgebaut auf der deutschen Selbsthilfe aus eigener Kraft sind die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und der Bund der Saarvereine anamien auf die Opferbereitschaft der angeschlossenen Einzelmitglieder, Körperschaften, Ortsgruppen usw.



211-Ottweiler

Die diesjährige 9. Tagung des Bundes der Saarvereine, welche vom 8. bis 10. Juni in Münster i. W. unter dem Protektorat des Reichsanstalters a. D. Dr. h. c. Max hat stattfinden

fehlt unter dem Mahnruf „Weg mit der Saarlage“. Das dieser Tagung noch eine besondere Bedeutung geben wird, sind die Anträge des Reichsfinanzministers Severing und der Reichszugewandten Professor Prälud Dr. Kaas, sowie der wirkungsvollen Äußerung der großen Weisungsbände abends gegen 10 Uhr auf dem Domplatz, unter Mitwirkung von 1800 Sängern der Stadt Münster i. W. und von Musikern, bei Gefühlsregung der als historischen Stadt Münster und bei feierlichem Glockengeläute aller Kirchen von Münster. Mit dieser Kundgebung und mit seinen Mahnungen wendet sich der Bund der Saarvereine von Münster aus an alle, die für Recht und Gerechtigkeit, für Wahrheit und für Selbstbestimmung auch in der Saarfrage eintreten, um so am Werke des Friedens und der Versöhnung und der Gerechtigkeit mitzuwirken.

Die Reichsanleihe.

Die Vorlage und Verabschiedung des „Gesetzes über Maßnahmen zur Besserung der Kassenlage“ hat die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit noch viel stärker auf den Reichshaushalt und die Kassenlage des Reichs gerichtet als die sehr schwierigen politischen Verhandlungen, die nach der Vorlage des Etats für 1929 zu dem bekannten Kompromiß der Regierungsparteien führten. Die energischen und zum Teil schmerzhaften Äußerungen im Reichshaushalt, die dieses Kompromiß vorah, um den Ausgleich des Etats möglichst ohne Steuererhöhungen zu erzielen, konnten vielleicht den Eindruck erwecken, als für die Finanzpolitik das Wesentliche getan sei. Tatsächlich haben die jetzt von der Reichsregierung vorgezeichneten und vom Reichstag beschlossenen finanziellen Maßnahmen, die Behebung einer ganz ungemächlich angestauten Reichsanleihe im Betrage von 500 Millionen und die allmähliche Veräußerung der dem Reich gebührenden Vorkaufkraft der Deutschen Reichsbahn an öffentliche Kreditinstitute und die Träger der Sozialversicherung auch nicht den Zweck, ein Defizit im ordentlichen Haushalt zu beseitigen, sondern die aus äußerer angelegener Kassenlage des Reichs zu entlasten. Unter Kassenlage versteht man das Verhältnis, in dem die in der Masse befindlichen Mittel des Reichs zu seinen jeweiligen Ausgabeverpflichtungen stehen. Das Reich braucht regulär etwa einen Betriebsmittelfonds in Höhe von 300 Millionen, die an den Wirtschaftsmitteln entstehende Bedarfsspitze glücklichen zu können. Die Bereitstellung dieses Fonds würde natürlich, wenn niemals ein eigenständiges Defizit im Haushalt aufträte, keine Schwierigkeiten machen, um so weniger, als das Reich bei der Reichsbank einen Kontokredit in Höhe von 100 Millionen zur Verfügung hat und außerdem bis zum Betrage von 400 Millionen Schwachgeld begeben darf, die von der Reichsbank aufgenommen werden können.

Wenn jetzt die Reichsregierung zu außerordentlichen Schwierigkeiten geraten ist, daß der Reichsfinanzminister eine Anleihe von 500 Millionen und außerdem noch die Veräußerung der Reichsbahn im Reichseigentum befindlichen Vorkaufkraft des Reichsbahns im Betrage von 700 Millionen RM. zur Herstellung eines normalen Kassenlage für notwendig hält, so könnte das zunächst die Reichswirtschaft in einem bedenklichen Licht erscheinen lassen. Wenn man jedoch die Gründe, die zu dieser unerfreulichen Kassenlage geführt haben, näher untersucht, so sieht man, daß von einer Besserung der Reichsfinanzen und einer Defizitlosigkeit gar keine Rede sein kann. Die Anspannung der Reichsfinanzen ist sich nämlich daraus, daß weit zurückliegende Ausgaben des außerordentlichen Haushalts, für deren Deckung ursprünglich Anleihen vorgezogen waren, zunächst aus Kassenmitteln, aus Einmalen des ordentlichen Haushalts gedeckt worden sind, weil die Lage des Kapitalmarktes seiner Zeit eine Anleiheaufnahme nicht zuließ. Dieser nicht zu übersehende Betrag von außerordentlichen Bankertrag ursprünglich etwa 1 Milliarde und ist schließlich durch Verwendung von überschüssigen aus dem ordentlichen Haushalt durch nachträgliche Umwidmung einzelner Ausgaben usw. auf 650 Millionen reduziert worden. Daß man überhaupt Ausgaben des außerordentlichen Haushalts mehr oder weniger durch Anleihen deckt, ist allgemein üblich und entspricht ziemlich allgemein als gesunde anerkannten finanzpolitischen Grundregeln, wenn es sich um außerordentliche einmalige Ausgaben oder Ausgaben für verbundene Zwecke handelt. Die erste Anspannung der Reichsfinanzen entstand also dadurch, daß etwa 600 Millionen aus Kassenmitteln für diesen jetzt 1929 durchgeschleppte Defizit im außerordentlichen Haushalt aufgebracht werden mußten. Dazu kamen nun in diesem Jahre die Vorläufe, die das Reich auf Grund der unvorhergesehenen und ganz ungemächlichen Arbeitslosigkeit an die Arbeitslosenversicherung im Laufe der letzten Monate zu leisten hatte — sie werden den Betrag von etwa 400 Millionen erreichen — und, schließlich kam ein weiterer Kassenausfall dadurch, daß Kredit, die das Reich an die Preußenbahn und die Reichsbahn gegeben hatte, nicht zum erwarteten Termin zurückgezahlt wurden. Hieraus geht hervor, daß die jetzt geplante finanzielle Entlastungsaktion zum Ausgleich von Belastungen der Dergangenheit, und zwar zum Teil sehr weit zurückgehenden Belastungen dient und daß die Wiederkehr einer ähnlichen

Lage nicht zu befürchten ist, da weder im ordentlichen noch im außerordentlichen Etat künftig ein ähnliches Defizit zu besorgen ist.

Großdem bleibt, finanzpolitisch betrachtet, die Tatsache, daß nunmehr ziemlich genau eine finanzielle Entlastung durchgeführt werden muß, höchst unerfreulich, insbesondere weil die gegenwärtige Wirtschaftslage und die Spannung des Kapitalmarktes den Zeitpunkt als außerordentlich ungünstig erscheinen lassen. Zu der Spannung im Handeln widersteht die Aktion und die Form. Die Spannung besteht und läßt weder ein weiteres Zurückwarten noch einen anderen Ausweg als den der Anleihebegebung zu. Das Reich hat sich bisher durch die Inanspruchnahme kurzfristiger Kredite bei den Großbanken behelfen müssen. Dieser Weg ist infolge der Verfestigung des Geldmarktes und insbesondere der Kreditrestriktion der Reichsbank nicht weiter gangbar. Die Banken wären selbst beim besten Willen nicht in der Lage, die steigenden Kassenanforderungen des Reichs durch neue Kredite zu befriedigen. Steuererhöhungen oder Erhebungen außerordentlicher Abgaben können zur Befreiung der Kassenüberwälten nicht herangezogen werden. Abgesehen davon, daß die Belastung für die Wirtschaft, die steuerlich bereits bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen ist, unerträglich ist und in dieser Zeit der Depression und Geldmangel nicht verantwortet werden könnte, würde dies Mittel auch im Prinzip verfehlt sein. Die Befreiung eines derartigen einmaligen und ungemächlichen hohen Sonderbedarfs durch Steuern würde gegen die Grundzüge einer rationalen Finanzpolitik verstoßen. Im übrigen wäre aber der Versuch, durch neue Steuern die Kassenüberwälten zu beheben, schon von vornherein deswegen aussichtslos, weil die benötigten Mittel gemäßigteren von heute auf morgen verfügbar gemacht werden müssen. Das kann nur im Anleihewege geschehen.

Mit Rücksicht auf die ungünstigen Verhältnisse am Kapitalmarkt war es notwendig, die geplante Anleihe ganz besonders auszustatten, wenn man des Erfolges sicher sein wollte. Man hat zu einem für Deutschland gänzlich ungewohnten, im Ausland aber oft und erfolgreich angewandten Reimittel gegriffen: Die Anleihe wird von der Vermögenssteuer, der Einkommensteuer und für den ersten Bemerker auch von der Erbschaftsteuer freigestellt. Damit werden dem Anleihezeichner, insbesondere demjenigen mit großem Einkommen, ganz außerordentliche Vorteile neben der Deringierung (r. u. h.) zufließen, die auf dem Erfolge der Anleihe kaum zu zweifeln ist. Der Ausfall, der bei der Durchführung der Steuererleichterungen eridet, schätzt man auf etwa 10 Millionen. So daß das Reich die effektive Belastung durch Zinsendienst und Steuerentlastung etwa 9. h. betragen wird. Hierbei ist weniger die tatsächliche Höhe der Belastung, die bei den gegenwärtigen Bedingungen am Anleiheantritt unweidlich ist, als die Form unerfreulich. Das hat der Reichsfinanzminister selbst in der Begründung seiner Vorlage frei ausgesprochen und die Parteien, die für das Projekt gestimmt haben, haben dieses Unbehagen selbst stark empfunden. Es ist selbstverständlich, daß eine Wiederholung einer solchen Maßnahme nicht in Frage kommen kann. Die Bedenken, die gegen die Anleihe sprechen, liegen mehr auf moralischem als auf wirtschaftlichem Gebiet. Zweifellos widerspricht die Steuerbefreiung dem Grundgedanken der innerlichen Gerechtigkeit und ist daher finanzpolitisch wie sozialpolitisch zu bedauern.

Von den Zeichnern der Anleihe werden die Steuererleichterungen fast positiv gemertet werden. Sie haben die Möglichkeit zu einer Kapitalanlage, die gleich günstig nicht wiederkehren wird.

In der Wirtschaft und insbesondere auf dem Kapitalmarkt wird eine Rückwirkung der Anleihefinanzierung naturgemäß zu verspüren sein; jedoch darf man sie nicht überdrehen. Es handelt sich schließlich nicht darum, der Wirtschaft neue Beträge zu entziehen, sondern im wesentlichen nur darum, kurzfristige Kredite zu liquidieren. Es ist also keine zusätzliche Belastung der Kreditwirtschaft, sondern nur eine Änderung in der Form der Beanspruchung. Außerdem ist mit einiger Sicherheit auf einen gewissen Zufluß über Rückfluß von Kapital aus dem Ausland zu rechnen. Jedenfalls ist hieran nicht zu zweifeln, wenn die Pariser Reparationsverhandlungen zu einem greifbaren Erfolge führen.

Die Bedingungen, unter denen die Reichsanleihe aufgelegt wird, sind folgende:

Die Anleihe wird zuerst in einem Teilbetrage von 500 Millionen RM. in der Zeit vom 24. Bis 31. Mai zur Zeichnung aufgelegt. Der Zinssfuß ist 90 h. der Zinssatz 7 h. h. Die Anleihe ist frei von Vermögenssteuer und Erbschaftsteuer. Bis zum 8. Juni sind 40 h. h., am 8. Juni und am 5. August je weitere 50 h. h. einzubahlen. Der Zinsfuß beginnt am 1. Juli 1929. Die Zinsen sind halbjährlich zu zahlen. Die Anleihe ist fünf Jahre un kündbar, und wenn von der Kündigung kein Gebrauch gemacht wird, innerhalb der nächsten zehn Jahre, also vom 1. Juli 1934 an jährlich mit je einem Zehntel zu tilgen. Sie ist in Stücke von 100, 500, 1000, 5000, 10 000 und 20 000 RM. eingeteilt. Sie wird an der Börse eingeführt werden und lombardfähig in Klasse I sein.

Im Falle einer Überzeichnung des zunächst aufgelegten Teilbetrags von 500 Millionen werden Zuteilungen bis zur Höhe von 500 Millionen erfolgen.

Dr. Georg Mertens.

Wiener Festwochen!

Es ist allmählich zur Tradition geworden, daß Wien nach der glücklichen Überwindung einer traurigen Elendsperiode im Kriege und in den ersten Nachkriegsjahren seinen alten Ruf als Stadt der Freude und eines frohen, künstlerisch vertieften Lebensgenusses aufs neue zu beweisen sucht, der ihr nicht erst seit den Tagen des berühmten Wiener Kongresses eignet. Die Feiern der Beethoven-Jubiläum, des Schubertjahres und in diesem Jahr die Erinnerung an die berühmte Walzer-Dynastie Strauß

hochbegabten deutschen Stammes teilhaben. Denn die bodenständige Note und das ursprüngliche, durchaus deutsche Kunsthändeln der uralten deutschen Metropole im Süden, die demnach das Jubiläum zum 2000-jährigen Bestandes zu feiern beabsichtigt, sind in allen künstlerischen Programmteilen der Wiener Festspiele durchwegs zu bemerken. Sie werden sich in erster Linie in dem nach ganz künstlerischen Grundsätzen durchgeführten Gewerbebetrieb manifestieren, den Rudolf Laban nicht



Rathaus



Die Burg



Alte Hofe

haften Aufführungen, die Inszenierung farbenprächtiger Volksspiele, die Durchführung internationaler sportlicher Wettbewerbe usw., nicht in letzter Linie dazu bestimmt sein sollen, aus handelspolitisch wichtigen Gründen dem an sich in der letzten Zeit sehr gesteigerten Fremdenverkehr nach Österreich Impulse ganz eigener Art zu geben.

als Paradeplatz prunkvoll gekleideter Menschenmassen, sondern als eine rhythmische Eksplosion, die Farbe, Leben, Bewegung ausstrahlt, injizieren wird. Große Wiener Komponisten wie Mozart, Haydn, und Krenek haben die Musik für dieses große Festival im freien geschaffen, die mit riesigen, künstlerisch ausgestatteten Kaufprochermagen über den ganzen, viele Kilometer langen Zug erschallen wird. Ein weiterer Höhepunkt wird die Darstellung von Georg Büchners Trauerspiel „Dantons Tod“ als Freilichtaufführung im Arkadenhof des Rathauses unter der Regie von Max Reinhardt sein. Das musikalische Programm ist an Reichhaltigkeit kaum zu überbieten und stellt natürlich in den Mittelpunkt die Musik der Straußsöhne in Form ihrer klassischen Operetten, eines Johann-Strauß-Syklus usw. Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß Wien auch seine Festung-Zentenarfeier im Rahmen der Festwochen begeht, die mit einer Verkaufsführung von „Emilia Galotti“ ihren Höhepunkt erreicht. Zahlreiche künstlerische Ausstellungen, nationale und internationale sportliche Veranstaltungen, darunter die besonders bemerkenswerten Städtekämpfe Wien-Berlin im Tennis und Fußball, viele Volksspiele, ein Alt-Wiener Rosenfest auf dem berühmten Kobenzl-Schloß, sollen eine ebenso reichhaltige wie würdige Umrahmung der künstlerischen Spitzenleistungen sein. — So sieht zu hoffen, daß auch die diesjährigen Wiener Festwochen den aus diesem Anlaß zu erwartenden, zahlreichen Gästen aus dem

Doch konnten solche national-ökonomischen, naderen Berechnungen den Demankaltungen der hiesig durchgeführten Wiener Festwochen, wie es bei dem Grundcharakter der festes-frohen und kunstbewingten österreichischen Bevölkerung nicht weiter wundernehmen kann, keineswegs den Charakter einer bezügelten Ursprünglichkeit nehmen, und so zeigen die Wiener Festwochen schon seit Jahren das erfreuliche Bild eines Volkstammes, der unter Stunde seine Dittalität auf einem unter die besonders bemerkenswerten Städtekämpfe Wien-Berlin im Tennis und Fußball, viele Volksspiele, ein Alt-Wiener Rosenfest auf dem berühmten Kobenzl-Schloß, sollen eine ebenso reichhaltige wie würdige Umrahmung der künstlerischen Spitzenleistungen sein. — So sieht zu hoffen, daß auch die diesjährigen Wiener Festwochen den aus diesem Anlaß zu erwartenden, zahlreichen Gästen aus dem

dem darten wirtschaftlichen Gebot der Gebiete zu bekunden sucht, das ihm ureigenes Lebenselement ist, ohne daß die Gefahr nahe rückt, daß mit dieser Entkaltung lebendigen Volkstums zum materiellen Nutzen der Heimat Interessentkonflikte mit den Nachbarn verschiedener Prägung entstehen. Im Gegenteil stellt es eine Art von Internationalisierung Wiens in einem günstigen Sinne dar, wenn in diesen Wochen Fremde aus aller Welt, schmerzlos und leicht unter besonders reger Beteiligung der Brüder aus dem Reiche, an den künstlerischen Leistungen eines



Reichspräsident



Zeppelinhallen im Burgtheater



Alter Hof



Seefelders (Rosaheide mit Pfaffen)

Berlin als Kulturzentrum in der Kunst.

Von Dr. Paul F. Schmidt.

„Im Rahmen der Berlin-Festspielwoche“ geschieht mancherlei: kann eine Veranstaltung mit größerer Berechtigung als die Ausstellungen, die Berlin und seine spezifische Kultur in der Malerei widerspiegeln, fremde und Einheimische (die es manchmal ebenso nötig haben) erfahren hier Genaueres und Authentisches von den lebenswichtigen Seiten der nicht immer wohlwollend angeordneten Reichshauptstadt.

Hat Berlin denn überhaupt je eine Kultur gehabt? wird mancher nicht ganz Unrechtete zu fragen geneigt sein. Denn um die Vergangenheit handelt es sich: von der Kultur der Gegenwart sollen ja eben die mannigfachen Festspiele und Veranstaltungen überzeugen. In die Vergangenheit aber führt die Ausstellung „Kunst der

Jahre Berliner Kunst“ im Landesausstellungsgebäude (Alt-Moabit), und sie beantwortet tatsächlich jene Frage mit einem unabweiglichen Ja.

Man wird sich dort nicht bei der Abstellung der Lebenden aufhalten, die keinesfalls die heutige Spitzenleistung der Berliner Kunst repräsentieren kann, und logischer die Alten aufsuchen, die ein so starkes, edles lebensvolles Bild von „einer Zeit, die längst vergangen ist“, aufrollen, daß man hier wahrhaftig das vielgeliebte Berlin von Herzen lieben lernt.

Weiter als bis zur Wiedererweirzeit reicht diese Schau allerdings nicht zurück, weil sie den Anfangstermin naturgemäß 100 Jahre vor

der Gegenwart anfekt. Aber gerade diese Epoche deutscher Kultur aber überall ein so lebensmerkes Ansehen an ihre noble Befriedenheit und geistige Selbständigkeit, daß sie heute längst ein Begriff für eine wahrhaft kulturgetränkte gute „alte Zeit“ geworden ist. In Berlin zeigte sie sich, dem Charakter der Norddeutschen entsprechend,



Edward Gärtner

Bild von der Werberischen Straße

herber und strenger als 3. In Wien oder München. Der wessensbestimmende Maler, der Menschen und Dinge jener Jahrzehnte am überzeugendsten dargestellt hat, ist Franz Kräger; seine Bildnisse von Spontini, Savigny, dem jungen Bismarck, den Königen, Prinzen, Gelehrten, Damen des Vormärz bestehn nur in seltenen Fällen jenseits eines Lebenswichtigkeits, die sein Weiterbildnis der süßlich klebrigen ausgeselbstbetenen Charme auch von anderen Malern oft und gern gemalt worden ist, Al. Hennings und Hopfgarten legen hier Zeugnis davon ab. Aber vielleicht darf man nicht ohne Bedenken die Vorzüge jenes scharfen verlässigen, ganz unsentimentalen Berlinerturns betrachten, dessen geschätztes Bewort in der Gegenwart sich „sch“ nennt. Es gibt eine Fülle von Darstellungen, die den Menschen jener Zeit eine echte und halb berühmte Grazie lassen, wie der treffliche J. E. Hummel, der herrliche Sonntag beim Einmarsch in einem Puzaden zeigt, oder Kowalewsky, der Wilhelm Smuler unter der Tapflichkeit in Rom malt, also in einer Situation, die den Großbürger aus dem Norden in enge Beziehung zur fließlichen Bildung, zu Goethe und zu allen guten Geistes der südlichen Romantik setzt. Vollends empfindet man bei den eigentlichen Bildnissen um 1840, die Geist und Geschmack ihrer prominenten Mitbürger verkörpern, einen höheren Schwung, den ihnen die Romantik der Jugendzeit unvorleiblich hinterlassen hat; jene Romantik, die in dem Hamburger Ringe ihren einsamen Gipfel fand, die in Gestalt der Magarener die deutschen Akademien neubelebte und speziell in Berlin die Gelsigkeit von Peter Cornelius als Mittelpunkt sich erfor. Von ihrer Zeit sind die großbürgerlichen Bildnisse der Wilhelm Schadow, Carl Wach, Begas, Hopfgarten, Hennings beifällig; ihr beifälliges ist eine hohe Auffassung des Menschlichen, ihre Form die unbedingte Klarheit der plastischen Zeichnung. Ausläufer fand sie schon in malerisch gewandelter Zeit, in E. B. Magnus, dem früheren Menzel und Steffe; aus ihnen spricht eine weiter-umfassende Mentalität, ein intensiver Gefühl für den Zusammenhang des Menschlichen mit Lust und Sünde und seinem Milieu, die auf die sehr anders geartete Anschauungsweise des Impressionismus hinweist.

Unmittelbarer und vollstimmlicher äußert sich der Geist der Epoche bei den Genremalern. Das Genre ist seit den bösen Zeiten der Knaus und Grünter bei Menschen mit geistigen Ansprüchen diskreditiert. Indessen handelt es sich in der Biedermeierzeit noch um Schilderung des wirklichen Volksebens in seiner Ursprünglichkeit und echten Kraft, und dies läßt uns erfreuliche Bilde in das Alltagsleben unserer Urabraham, wie es seltener kaum mehr dargestellt worden ist. Theodor Hofmann geht allen voran; seine Bildchen geben eine Vorstellung des vormärzlichen Berlin, die unerschütterlich in ihrer Fülle von Humor und Leben: Kellereierker, Landpartien, Sonntagsreiter, besoffene Baumontagsbesen, die beschlunten „Rebberger“ beim Männerturn, Kegel- und Billardpartien, das Behagen des kleinen Mannes in der Schreberlaube, das Betuliche von Gä-

rtner und Kindern der kranken Spieler verkehrt er unerschütterlich zu schildern; ein Bild des Vormärz, in der Objektivität der Kleinmalererale von erschütternd soziologischer Wirkung. Eine Stufe vornehmer erscheint A. von Rengell mit seiner „Abgehenden Post“, mit dem entzündenden Durcheinander seines vom Sturzregen heimgesuchten Martigedränges auf dem Belle-Alliance-Platz, vor allem aber mit den reizenden Promenaden-Wagenausfahrten des Königs und der Königin: unfaßbar liebliche Primitivitäten allerhöchster Lebensformen. Eschholz zeigt noch weitere zu Manóere, Sonntagsreiter- und Landweidmannschaften. Julius Schoppa zeigt das feierliche Sterbedlager Friedrich Wilhelms III. als eine köstliche Ziermotive, die des großartigen Kontrastes nicht entbehrt, weil der Tod selber in das Zwangsjoch der Familienhierarchie gepreßt werden soll. Im Ende solcher stolzen Reize stehen W. Schöthe mit einer allerliebsten Wasserpartie und Steffe mit einer modern-romantischen Hochzeitsreise, die beide uns das verlorene Bürgerparadies des 19. Jahrhunderts in einer äußerst liebenswürdigen Form herausufen.

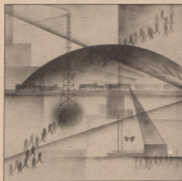
Das Schöne und Wehmütige sind aber eigentlich die Ansichten aus dem alten Berlin. Menschen müssen werden und mit ihnen Gebäude und Großsin ihrer Zeit; daß aber die Anmut und Romantik einer schönen Stadt auch dahingehen muß, will uns schon eingehen, wenn wie einmal Siena und Dinsfelsbühl in ihrer Herrlichkeit wiederherstellen gesehen haben. Leider ist Berlin kein Dinsfelb, wie Rotterdam geliebt. Was von den Nachkommen oft in Müll sinnloser Werke, am alten Stadtbild gefündigt worden ist, erfahren wir aus den Ansichten der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die namentlich E. Gärtner, neben ihm Hummel, Bledy, Graeb, Hing, und noch Menzel gemalt haben. Vor allem Gärtners Bilder sind unerhöflich an verschollenen Verlichteten die ältesten Berlin zwischen finden und Jannowitzbrücke; Bilder von reiner Kultur der malerischen Darstellungs, von einer unerhörten Feinheit des Gefühls für die architektonischen und atmosphärischen Besonderheiten der Situation. Gärtners Bilder sind nicht nur wertvoll wegen der verschwundenen Kostbarkeiten alter Architektur in Berlin, die er uns aufbewahrt hat, sondern vor allem wegen der unerschütterlichen Wahrheit und Intimität ihrer Darstellung, ihrer Sonne, ihrer Luftspalten Mauerhöflichkeit.



Eduard Hing

Emil Oelke

Will man das Berlin so heute kennenlernen, wie es sich in den Bildern der lebenden Maler spiegelt, so muß man ins Alte Schloss gehen, zur Ausstellung der Deutschen Kunstgenossenschaft „Das schöne Berlin“. In der Tat gibt es hier eine Art Parallele zu dem Bilde der alten Königsstadt, wie sie sich bei Gärtner, Hummel, Hing, Graeb spiegelt. Man sieht, daß die heutigen Maler ein offenes Auge haben für die nicht leicht zu entdeckende Schönheit der modernen Großstadt. Das alte Berlin ist relativ einfach ins Bildmäßige zu überfegen. Aber die moderne Geschäftstadt zu malen und ihr Sichtbares ins Symbolische zu erheben: das ist eine schwierige Aufgabe. Der werden Künstler wie Orlitz, Anot, J. Wessel, Meid, Jacobi, v. Ziehwitz in vornehmer Weise gerecht; Wundwald, Grief, Barczynski, Dieckling in kälter, sachlicher Form. Am bestimmtesten treffen das Wesen der modernen Großstadt Bató im Abschnitt der ganz modernen funktionalistischen Bauweise von Mendelsohn, Krang mit einer erschütternden Formulierung des Potsdamer-Platz-Plumpens und Ulling, der das technische Wunderwerk einer modernen Großstadt symbolisch vereinfacht in der klaren Systematik seines konstruktivistischen Bildes „Frühzug“.



Frühzug

Norlinger

Geschäftliche Mitteilungen.

Erlebnisse schöner Stunden in der Erinnerung festzuhalten, ist wohl der Wunsch eines jeden Menschen. Die beste Möglichkeit hierzu sind wohlgenutzte Fotografien. Einzelne Freude und vielerlei schönes Abenteuer bereitet es doch nicht, wenn man sich die mühsam erzielte Freude, beim Sport oder anderen Gelegenheiten selbst aufgenommenen Fotografien betrachten kann. Darum schaffe ich in jeder einen guten preiswerten Foto-Apparat an. Die Firma **Abco G. m. b. H., Berlin SW 68, Kochstraße 73**, bietet Ihnen nun die günstige Gelegenheit, sich ohne viel Aufhebens einen vollständigen Foto-Apparat zu kaufen, verlangt für noch nur eine Teilzahlung von 1,75 RM. Inbeständig an. Sie tun gut daran, wenn Sie sich umgebend einen Fotospzialkatalog dieser Firma besorgen und unverzüglich an Hand dieses Kataloges zum Kauf eines Foto-Apparates bei der Firma **Abco G. m. b. H.** schreiben. Günstig für Sie ist noch, daß dort gleichzeitig sämtliche Kameralarbeiten und teilweise sachdienliche Beratung in allen vorzunehmenden Fällen bereitgestellt wird.

Eine Nordlandfahrt für 200.- Alle aus der Anzelle in der gleichen Ausgabe hervorgeht, beschäftigt die Sammlung 240.- und in diesem Jahre werden einige Nordlandfahrten mit Ihnen bekanntem Motorführer der „Monte-Riste“ folgender Plan ist vorzulegen: 1. Nordreise nach den schönsten Fjorden und Eismeer-Gezeiten vom 6. bis 14. Juli, Mindestpreis 140.- RM. 2. Zwei Nordlandreisen über die schönsten Fjorde nach dem Nordkap vom 3. bis 10. Juli und vom 20. Juli bis 4. August, Mindestpreis 270.- RM. 3. Zwei Spitzbergenreisen vom 17. Juli bis 7. August und vom 8. August bis 26. August nach der Winterzeit von Spitzbergen über das Nordkap und über den Gnu- und Rühlfahrt über besonders schöne norwegische Fjorde, Mindestpreis 320.- RM. — Die Nordreise führt in die schönsten Meeresküsten von Eismeer-Strömungen. Auf den Ausflügen sind u. a. Skulpten im Felsstein besucht. — Die Nordlandreisen führen die Escarpen durch Fjorde und die Welt der Fozeten nach dem Nordkap, Europa Nordspitze. Eine ähnliche Route folgen die beiden Spitzbergenfahrten ein, die aber außer der Kenntnis von Tiergängen und nach dem Besuch von Spitzbergen namentlich, in die Grenze des Färdelgürtels führen, von wo es kein höheres Meer gibt. Spitzbergen ist ein ganz eigenartiges Land. Vulkanische und Siluriensteine in Spiegelgröße des Gesteins, die in Gruppen von gelben Säulen, die in schwebliche Stufen sitzen. Eisenkuben, die mit Eisensteinen voll hantieren. Neben dem besten Schieferstein abwechseln. Kistenfülle, nur dann und wann das Schiefer von Gestein. Wenige Menschen leben auf Spitzbergen, nur Seegelände und im Winter die Polarlichter. Dünstegeigen ist Norwegen bewohnt und bewohnt in der Stadt. Seine Mitten wachen in den Eären ab mit Arden und Nomenberaten Mälen. Wasserfälle brausen und donnern schäumend über Felsen und bedecken umjammende Wege und Felsbänke, und über all diesen Gauer der notwendigen Alpenwelt lagert himmelblau, fernab leben Menschen in dem und Mälensteine. So besteht eine Nordlandfahrt Schauen ungeachtet landschaftlicher Schönheit, aber auch Aufregung und Erholung.

Eine Fierde öfers Wohnung ist immer wieder ein guter Tipp. Da aber der Kauf eines Tippes stets eine große Vertrauenssache ist, muß die Wahl der Verkäuferin sorgfältig getroffen werden. Auf Grund eigener Erfahrung können wir Ihnen berichten, dass wir als alleorts bekannte Fr. Seppid-Doppel, Berlin, Potsdamer Straße 14, empfehlen. Die Vertreterin derselben werden in einem unerschütterlichen Glauben der teilhabenden Lager in der Potsdamer Straße 14 einlegen, während ausserliche Interaktionen die Kataloge einsprechen belieben.



I. NORDKAPREISE

mit M.-S. „Monte Oliva“ vom 3. bis 10. Juli. Fahrpreis einschl. voller Verpflegung von **RM. 270.-** an

II. NORDKAPREISE

mit M.-S. „Monte Oliva“ vom 20. Juli bis 4. August. Fahrpreis einschl. voller Verpflegung von **RM. 270.-** an

FJORDREISE

mit M.-S. „Monte Cervantes“ vom 6. bis 14. Juli. Fahrpreis einschl. voller Verpflegung von **RM. 140.-** an

I. SPITZBERGENREISE

mit M.-S. „Monte Cervantes“ vom 17. Juli bis 7. August. Fahrpreis einschl. voller Verpflegung von **RM. 320.-** an

II. SPITZBERGENREISE

mit M.-S. „Monte Cervantes“ vom 8. bis 26. August. Fahrpreis einschl. voller Verpflegung von **RM. 320.-** an

ABRECHNUNG UND DRUCKSACHEN DURCH DIE
Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft
HAMBURG 8 / HOLZBRÜCKE

DIE RICHTLINIEN der Reichszentrale für Heimdienst 1928 sind gebunden erschienen

- Nr. 166 Rußland in Asien
- Nr. 161 Reichsanhalt und Volkswirtschaft 1924—1928
- Nr. 164 Die Reparationen — Deutschland Schicksalsfrage
- Nr. 164 Die Kraftwirtschaft in Deutschland
- Nr. 164 Öffentliche Finanzwirtschaft
- Nr. 164 Rüstung oder Abrüstung?
- Nr. 166 Wohnungsnot und Mieterschutz
- Nr. 167 Schlesien
- Nr. 168 Der Handel und seine volkswirtschaftliche Bedeutung
- Nr. 169 Öffentliche Verwaltung
- Nr. 170 Das deutsche Handwerk
- Nr. 171 Deutschland u. die internationale Schiedsgerichtsbarkeit
- Nr. 172 Aufbauarbeit der Deutschen Reichsbahn
- Nr. 173 Ostpreußen
- Nr. 174 Der Kriegsschlichtungsakt
- Nr. 175 Jugoslawien
- Nr. 176 Öffentliche Einnahmen und Wirtschaft
- Nr. 122 (Neuausgabe) Österreich seit 1918
- Finanz- und Wirtschaftsprobleme der Gegenwart
- Nr. 70 (Ergänzte und erweiterte Neuausgabe)
Die Deutschen außerhalb der Reichsgrenzen

**Fundgrube politischen Wissens!
Werkzeug wirtschaftskundlicher Belehrung!
Quelle staatsbürgerlicher Bildung!**

Der Band in Halbleinen 224 Seiten kostet **RM. 7,50**

Zu beziehen von der Vertriebsabteilung vom
ZENTRALVERLAG GMBH
Berlin W 33 Potsdamer Str. 41 Potscheckkonto 78993

Der R.F.H.-Richtlinien-Bezug für das Jahr 1929 kostet RM. 3,—, im voraus zahlbar (oder durch Nachnahme). Erscheinen zwanglos

SCHWARZ-ROT-GOLD in der deutschen Geschichte

Kulturhistorischer Beitrag zur Flaggenfrage
mit 15 Abbildungen, in kunstvollsten Einband

Von **Ernst Jäger**

Ohne sich um den politischen Streit der Meinungen über die Flaggenfrage einzulassen, behandelt das mit interessanten historischen Abbildungen ausgestattete Büchlein die Verwendung der Farben Schwarz-Rot-Gold als Wappfarben des alten Deutschen Reiches von den Tagen Kaiser Ottos II. und Friedrichs I. Barbarossas bis zu den Befreiungskriegen und den sich anschließenden Kämpfen um die Einheit der deutschen Nation.

(Bayerische Beamtentafelung)

Man wünscht das Hoff, das zudem mit einer Reihe wertvoller Bilder aus der deutschen Volkswohngeschichte versehen ist, nicht viele Einnahmen, (Königsberger Hartungische Zeitung)

Preis 1,20 Mark

Durch jede Buchhandlung oder direkt vom Zentral-Verlag G. m. b. H. BERLIN W 35, Potsdamer Straße 41

Die Ferien nahe — — Sie müssen photographieren!

Wir offerieren Ihnen unsere Spezialkamera 9 x 12 mit Anzeigemittelkammer in Thor-Verschluß 11,45 in Varjo-Verschluß 48,50 Mk. Rollikamera in Thor-Verschluß 22,50 „ „ „ „ „ „ 28,50 „
Rollifilmkamera 6 x 9 mit Anzeigemittel 11,03 „ „ „ „ „ „ 24,50 „
Rollifilmkamera mit Anzeigemittel 11,45 „ „ „ „ „ „ 48,50 „
Schlierenkamera „ „ „ „ 6,50 „ 12,50 „ 16,50 „ 16,50 „

Fragekiste anfordern!

Wir liefern Ihnen außerdem sämtliche Markenapparate: Agfa, Zeiß-Ikon, Voigtlander usw. zu Orig.-Preisen.

Prospekte kostenlos! **Wir empfehlen Ihnen** ganz besonders unseren D.L.D. Spezial-Photobedarf. Preisliste anfordern! Von 20,- Mark an sprengelr. auf Wunsch Zahlungserleichterung.

DEUTSCHER LICHTBILD DIENST G. M. B. H.
BERLIN W 35 — POTSDAMER STRASSE 41

Ein Photoapparat auf Teilzahlung Nurerstkl. Marken erhalten Sie für nur



← Verlangen Sie sofort unseren Photo-Spezial-Katalog

Abco G.m.b.H. Abt. Nr., Berlin SW60, Kochstr. 73

Bad Schwarzburg (Thür. Wald)
— die Perle Thüringens —

Hotel: Schwarzbürger Hof

Allbekanntes Haus I. Ranges im Zentrum des Kurortes Herrliche Lage / Freundliche, gut eingerichtete Zimmer Reichliche, beste Pension / Eigene Forellenfischerei

Während der Saison KONZERTE

Anfragen erbittet

N. Lucas, Hotelier

Wasserschläuche

und Zubehörteile kaufen Sie in erprobten Qualitäten bei

Engl & Wolf

Berlin N4, Gartenstraße 100

Norden D 1, 341 und 12185

Verlangen Sie kostenlos Einsendung der Preisliste H

|| Gute Ware ||
|| ist billig! ||

Malereigeschäft

Hermann Mallwitz

Malermelster

Berlin N 20, Koloniestraße 130, Telefon: Hansa 7384

Ausführung sämtlicher Malerarbeiten

Neubauten, Renovierung von Wohnungen

Fassadenanstriche, Treppenture und Geschäftsräume

Sonder-Angebot

Bouclé-Teppiche

ca. 140x200 RM 31
- 175x250 - 49
- 200x300 - 68
- 250x350 - 100

Axminster-Teppiche

ca. 140x200 RM 31
- 175x250 - 41
- 200x300 - 61
- 250x350 - 96

Velour-Teppiche

ca. 140x200 RM 38
- 175x250 - 54
- 200x300 - 80
- 250x350 - 121

Haarbock, Granit, Japane-Moire, Tisch- und Inlände

LINOLEUM

Strapuz, Druck und Inlände

TEPPICH VOGEL

Kokos, nouille, Brüssel, Velour u. Teurnay-Ausgewerk u.

TREPPENLAUFER

Fischdecken von RM 7,- an

Dwandeken von - 17,- an

Geegründet 1899 Berlin-Potsdamer Str. 14 Nahe Potsd. Platz

Bei Barzahlung 7 1/2 % Kasse-Rabatt auf Originalpreise, ausgenommen Linoleum- und Marken-Artikel

Feldberg
(Mecklb.)
Mecklb.-Strelitzsche Schweiz
Berlin Stett. Bf. — Neustrelitz — Feldberg
Die Perle im Lande der Seen und Wälder.
Auskunft Verkehrsverein.

Bad Herfeld (Bezirk Kassel)
Sulfidbrunnen
Beliebt wie Karlsbad bei
Magen-, Darm-, Leber-, Gallen- und Stoffwechsell-
erkrankungen (Zuckerkrankheit, Gicht, Fettblutigkeit)
Wasserversand d. d. Lössbrunnen-Gesellschaft m.B.H.
Kurzeit: Mai bis September

Bad Blankenburg (Thüringen)
Kurhaus Chrysoptar-Löscheshall
direkt im herrlichen Schwarzwald gelegen.
Erstes Haus am Platze. Erstkl. Pension ab
M. 7.—. Eigene Jagd und Forellenfischerei.
Garagen. Telefon 303

Steinach am Brenner (Tirol) 1050 m.
Schnellzug-Station 1/2 Std. v. München
Herrlicher Frühlings- und Sommer-
aufenthalt mit viel Höhensonne,
keines rauben Winde, Schwimmbad, prachtvolle
Waldspaziergänge in nächster Nähe, Ausgangs-
punkt für Hochtourern in die Zillertal- und
Stabai-er Alpen, sehr gute Unterkunft und
Verpflegung bei vollen Pensionenpreis in der
Vorsaison Schill, 9 bis 12.—, Hauptpension
Schill, 9 bis 14.—.
Auskünfte und Prospekte durch den Verkehrs-
Verein, die einzelnen Häuser und durch Scherfs
Reisebüro

Moselwein ... ?
dann nur von der Quelle!
Weinkellerer Schlitzgen
Berncastel 60 (Mosel)
Laufende Anerkennungen. Preisabhangig.
z. Zt. bes. empfehlenswert:
27er Mehringer Pichter 1,30
Zeller schwarze Katz 1,40
Gueser Rosenberg ... 1,60
Ferner:
Rotwein 1,25, Burg-
wein 1.— (Faldern 1,20),
in 12er, 30er, 36er u. 30er
Kisten, Glas halb od. 0,20
3/0 Pk. Sofort bestellbar
und Preisliste verlangen.

Mit bestem ERFOLG inserieren
Bäder, Kurorte, Hotels, Pensionen u. s. w.
im Heimatdienst

Kugelkäse
rot, gewaschen, u. Asiat
9 Kgl., = 9 Pf. 8.00 z
300 Harzölke 8.00 z
100 do. u. 1 Kgl. 8.00 z
K.Selbold, Norderf. 107

Bad Herfeld (Bezirk Kassel)
Sulfidbrunnen
Beliebt wie Karlsbad bei
Magen-, Darm-, Leber-, Gallen- und Stoffwechsell-
erkrankungen (Zuckerkrankheit, Gicht, Fettblutigkeit)
Wasserversand d. d. Lössbrunnen-Gesellschaft m.B.H.
Kurzeit: Mai bis September

Bad Blankenburg (Thüringen)
Kurhaus Chrysoptar-Löscheshall
direkt im herrlichen Schwarzwald gelegen.
Erstes Haus am Platze. Erstkl. Pension ab
M. 7.—. Eigene Jagd und Forellenfischerei.
Garagen. Telefon 303

Steinach am Brenner (Tirol) 1050 m.
Schnellzug-Station 1/2 Std. v. München
Herrlicher Frühlings- und Sommer-
aufenthalt mit viel Höhensonne,
keines rauben Winde, Schwimmbad, prachtvolle
Waldspaziergänge in nächster Nähe, Ausgangs-
punkt für Hochtourern in die Zillertal- und
Stabai-er Alpen, sehr gute Unterkunft und
Verpflegung bei vollen Pensionenpreis in der
Vorsaison Schill, 9 bis 12.—, Hauptpension
Schill, 9 bis 14.—.
Auskünfte und Prospekte durch den Verkehrs-
Verein, die einzelnen Häuser und durch Scherfs
Reisebüro

Hotel Steinbock
Hotel Steinacher Hof
Gasthof zur Post
" zum „Wilden Mann“
" zum „Weißen Röhl“
" zur Rose
" zum Kramer
Tiroler Haus (Privat).

Pflaumenmus
gar. reine, unkergetriebte,
feinste Qualität, 10 Pfund-
Bücher M. 8.75 ab hier Nacha.
Otto Rühr, Pflaumenmus-
fabrik, Schkölen 1, Thür. 136.

1111 gar. echte
tadellose
BRIEFBÄREN
wob. Samoa, Yogo,
Karoline u. viol.
mit. mit. 8.75 ab hier Nacha.
u. Post. per Nacha. Preis
gratis. **RUD. ROHR,**
Berlin N 16, Friedrichstr. 114

**"BACCHUS"
WEIN-
SCHRÄNKE**
PREISLISTE
GRATIS
JOH. NIC.
DEHLER
COBURG 14

42 000 Leser

22 000 die sich in Reich, Ländern, Gemeinden fährend betätigen
10 000 Lehrer aller Gattungen
3 000 Auslandsdeutsche innerhalb Europas
2 000 Prominente aus dem politischen, wirtschaftlichen und geistigen Leben
 dazu etwa **5 000** Amtsstuben, Konferenzzimmer, Lesecabé

42000 Leser

mit bestem Einkommen, und daher genügend kaufkräftig, werden vom

Heimatdienst

regelmäßig erfährt

Bäder-, Reise-, Verkehrs- und Geschäftsanzeigen haben im Heimatdienst durchschlagenden Erfolg!

Gewaltiger

Preisabbau im Buchhandel

Wir liefern auf Wunsch

3

der nebenstehend sehr billigen in Ausführung u. Preis unübertroffenen Bände in Ganzleinen gebunden zum Gesamtpreis von

8.55

Zahlbar auch in zwei gleichen Monatsraten

Vor- und nachzahlungsfrei

1. Rate zahlbar Juli 1929

Jedes Wort kann auch einzeln bezogen werden!

Jede Preisangabe vollständiger und ungekürzter Ausgaben von:

Ganghofer, Oskar, *Überredung*, 2 Bände in einem Ganzleinenband gebunden, bei einem Umfang von 612 Seiten auf bestem holzfreiem Papier (Wöchlinger Ladenpreis 8.—) **2.85**

Ganghofer, Martin, *Kauf*, 2 Bände in einem Ganzleinenband gebunden, bei einem Umfang von 817 Seiten auf bestem holzfreiem Papier (Wöchlinger Ladenpreis 8.—) **2.85**

Scherer, Wilhelm, *Wegführer der deutschen Literatur*, vollständige Ausgabe in einem Ganzleinenband gebunden, bei einem Umfang von 881 Seiten auf bestem holzfreiem Papier nur (Wöchlinger Ladenpreis 12.—) **2.85**

Die Halbleinen-Ausgaben dieser Werke kosten je 3.75 Watt, die Ganzleinen-Ausgaben je 4.80 Watt.

— Die Lieferung erfolgt portofrei und verpackungsfrei! —

In gleicher Ausstattung und zum selben Preise erschienen: *Gammien*, Das letzte Kapitel, 505 Seiten — *Walden*, 327 Seiten, 215 Seiten — *Wilmars*, Gedanken und Erinnerungen, 192 Seiten

Wir liefern auch auf Zahlungseinfälle zu den gleichen Bedingungen!

Deutsche Beamten-Buchhandlung
 Markt des Deutschen Beamten-Vereinsverbandes

Bestellschein: Ich bestelle bei der Deutschen Beamten-Buchhandlung, Buchvertrieb des Beamtenvereinsverbandes G. m. b. H., Berlin SW 65, Friedrichstr. 240-41, Abtlg. II (Tel. Bergam. 3800), zum Preise von gegen Monatsraten à — der ganze Betrag — die 1. Rate — folgt gleichseitig — folgt auf Postcheckkonto: Berlin 121721 — folgt am (Erfüllungsort Berlin-Mitte),

Name und Stand:
 Ort und Datum:

oooooooooooo

Feinstes Tafel-Pflaumenmus

wollschmeckend u. gesund, garantiert rein, mit Zucker eingekocht, 10 Pfd.-Eimer, Postkoll. 3,75 M., 25 Pfd.-Balkenkoll. 5,50 M., Fässer mit 25—140 Pfd. à Pfd. 0,34 M., Vierfrüchtl-Anröße, 1. Qual., 10 Pfd.-Eimer 0,50 M., II. Bismarck, beste Qualität, 10 Pfd.-Dose, 1,05 M., Preise ab hier, gegen Nachn.
HEINR. ECKSTEIN, Kassenserrfabrik, MangelbargN. 450

oooooooooooo



Kohlenherde

Küchenherde für Kohle und Gas, Ausgaubecken, Abwassertische, Eisschränke

W. Pflugmacher
 Berlin SW 61, Kochstraße 13. Dehoff 5401

Nur Zivil- und Staats-Beamten und Leuten mit festem Einkommen

liefern wir seit 1884 direkt ab unserer Fabrik

Oberbetten, Unterbetten, Plumeaus und Kissen

streng diskret auf 1/2 Jahr Ziel, gegen monatliche Ratenzahlungen, erste Zahlung 1 Monat nach Lieferung zu unseren streng festem Kassapreisen. Jedes Bett wird nach Wahl der Bettfedern und Stoffe für jeden Kunden besonders angefertigt.

Keine billig., minderwert. Nachnahmebetten

1. Über 600 000 Kunden in über 10 000 Städten u. Orten Deutschlands
 2. Mehr als 100 000 Kunden haben zum 2. Male und öfter nachbestellt
 3. Viele Kunden schreiben, daß sich gute Betten am eigenen Platte zu diesen Preisen nicht zu kaufen sind.
 Obige drei Angaben sind amtlich geprüft und notariell bestätigt!

Gebr. Passmann A.-G., Köln 149 Trierer Str. 13

Größtes Spezialhaus Deutschlands in nur Oberbetten, Unterbetten, Plumeaus und Kissen. f. Gegr. 1884. — Da wir weder Reisende noch Agenten haben, zahlen wir keine Provisionen usw. und Sie haben dadurch den Nutzen und außerdem Gewähr für strengste Verlässlichkeit. Bestellen Sie daher in Ihrem eigenen Interesse. Muster und Preisliste gratis. Auch Sie werden bestimmt unser Kunde.

Vereinigte Krankenversicherungs-Aktiengesellschaft

(vorm. Gedeveg, Kosmos u. Selbsthilfe)

Aktienkapital 5 Millionen RM.
 Reserven über 4 Millionen RM.
 Versichertenbestand über 400 000

Krankenversicherung mit Gewinnbeteiligung!

Vertragsgesellschaft vieler großer Verbände

- Vollständig freie Arztwahl!
- Kein Krankenschein und keine Krankmeldung!
- Keine ärztliche Untersuchung bei der Aufnahme!
- Hohe Leistungen bei Arzt-, Arznei-, Operations- und Krankenhauskosten!
- Zahnbehandlung und Zahnersatz!
- Wochenhilfe! Hohes Sterbegeld!
- Bei Unfall sofort Anspruch auf die Leistungen!

Verlangen Sie kostenlos und ohne jede Verbindlichkeit Prospekt und Aufnahmeschein durch

OTTO MACK, Berlin O 17

Am Ostbahnhof 12